

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Das Erstarren der AfD Kein Ostphänomen



Es war ein Paukenschlag. Mitte Juni dieses Jahres stellte eine Forsa-Umfrage fest, dass die AfD in den ostdeutschen Bundesländern die stärkste politische Kraft sei. Die Umfragewerte der Partei liegen bei 32 Prozent, so hieß es, im Westen dagegen nur bei 13 Prozent. Dann kam es Schlag auf Schlag. Der Präsident des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen, ein CDUler, sprach sich für eine Zusammenarbeit mit der AfD aus und pinkelte damit an die „Brandmauer“ der Bundes-CDU. Und schließlich schaffte es Robert Sesselmann, ein Fraktionskollege Höckes im thüringischen Landtag, in das Amt des Landrats im Kreis Sonneberg. Im ersten Wahlgang erhielt er rund 47 Prozent der Stimmen und lag damit elf Prozent vor dem zweitplatzierten Kandidaten der CDU, in der Stichwahl reichte sein Vorsprung reichlich.

Inzwischen ist nicht zu übersehen: die AfD ist im Osten klar die stärkste politische Kraft. Die anderen Parteien sind deutlich abgeschlagen. Und

daran wird sich auch nichts ändern, wenn sich die Politik auf Bundes- und Landesebene nicht grundsätzlich ändert.

Die Frage, warum die AfD in Ostdeutschland so erfolgreich ist, stand und steht im Raum. Die entsprechenden „Analysen“ und Untersuchungen von bürgerlicher Seite ließen nicht lange auf sich warten. Eine Studie der Universität Leipzig gibt zum Beispiel Aufschluss darüber. Danach hat die Demokratie bei den Menschen im Osten einen schweren

Stand, was auch an deren Erfahrungen aus der DDR liege. Die Studie führt die Neigung der Ostdeutschen, die AfD zu wählen auf deren DDR-Sozialisierung zurück.

Bei anderen Erklärungen des „Phänomens“ steht an erster Stelle der massive Zuzug von Asylbewerbern in die Republik. Der RBB (Rundfunk Berlin Brandenburg) schreibt auf seiner Website am 12. Juni: „Zusammengefasst treibt die Angst vor dem Verlust von Herkunft und Identität vie-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Das Erstarren der AfD	1
Die Landtagswahlen in Bayern	6
Unsere Jahreskonferenz 2023	8
Partei Die Linke – Das Ende eines linken Projektes?	9
Spaltprodukt BSW – Wohin geht die Reise?	13
Die Wagenknecht-Partei und die Krise der Linken	15
Der Globale Süden – die globale Wende?	18
Der Gazakrieg	22

In eigener Sache

Im vergangenen Vierteljahr, seit der letzten Nummer, hat sich weltpolitisch einiges verändert. Der Überfall der Hamas auf Israel und das Gemetzel an israelischen Zivilisten ist die eine Seite, die – völkerrechtswidrige – Rache Israels an den Palästinenser:innen im Gaza-Streifen mit dem Ziel, die Hamas endgültig auszulöschen, die andere. Der Krieg birgt die Gefahr eines Flächenbrandes, sollten der Iran und die Hisbollah, neben den USA, intervenieren.

Nahezu jede Kritik an Israels Kriegspolitik wird in Deutschland als antisemitisch gebrandmarkt. Die Aussage des UNO Generalsekretärs Guterres im Sicherheitsrat, dass „der Überfall nicht im luftleeren Raum erfolgt“ sei und die Palästinenser seit 56 Jahren unter „erstickender Besatzung“ leiden würden, reichte schon, dass vom israelischen Vertreter, unter Applaus der hiesigen veröffentlichten Meinung, seine Absetzung gefordert wurde.

Weltweit, auch in Deutschland, demonstrieren Palästinenser gegen die Verletzungen des humanitären Völkerrechts und für eine Beendigung der Bombardierungen des Gazastreifens. Die deutsche Innenministerin (SPD) will die Demonstrantinnen mit der vollen Härte des Gesetzes verfolgen – Verschärfungen der einschlägigen Gesetzeslage sind in Arbeit.

Muslimen stehen inzwischen unter Generalverdacht, besonders dann, wenn sie sich nicht beständig von der Hamas distanzieren. Egal, ob das Thema passt oder nicht.

Der Krieg in der Ukraine ist eine Zeitlang aus den Schlagzeilen verdrängt worden.

Die vollmundig verkündete Siegeszuversicht wird in vorsichtig dosierten Schritten wieder eingesammelt. Gerüchte um eine Verhandlungslösung verdichten sich, besonders wenn man über Deutschland hinausblickt. Deutschland jedoch munitioniert brav den Krieg weiter und will die geplante Unterstützung für 2024 von vier auf acht Milliarden Euro verdoppeln. Die BRD liegt nach den USA auf Platz zwei der Ukraineunterstützer.

Platz eins der Rangliste des „beliebtesten“ Politikpersonals hält seit längerem „Verteidigungs-“ Minister Pistorius inne, ein würdiger Vertreter und Nachfahre der vaterländisch-kriegsverwendungsfähigen Sozialdemokratie, der konsequenterweise Deutschland wieder kriegstüchtig machen will. Die Militarisierung marschiert in Deutschland mit großen Schritten voran, sehr zur Freude der Rüstungsindustrie. Über alle Kanäle wird die deutsche Bevölkerung auf die gegenwärtigen und die künftigen Großkonflikte eingeschworen.

Am 11./12. November fand in Nürnberg die Jahreskonferenz der Gruppe statt. Wir haben uns mit den Themen „Krieg im Nahen Osten“, der Situation der LINKEN und dem Bündnis Sahara Wagenknecht sowie mit dem „Globalen Süden“ auseinandergesetzt. Ausführungen dazu drucken wir in dieser Nummer ab, zum BSW liegen mehrere Beiträge gesammelt vor.

Die Gründe für den Aufstieg der AfD im Osten, und nicht nur da, beleuchtet ein weiterer Artikel in dieser

Ausgabe. Ein zugegeben nicht mehr ganz aktueller Text nimmt die Landtagswahlen in Bayern aufs Korn.

Ein Bremer Genosse legt einen Artikel zum Gazakrieg vor. Wir drucken ihn mit leichter redaktioneller Bearbeitung ab.

Kurz vor Redaktionsschluss hat das Verfassungsgericht die Unrechtmäßigkeit der Umschichtung von Corona-bezogenen Mitteln in den Klima- und Transformationsfonds festgestellt. Die Schuldenbremse ist der Regierung somit auf die Füße gefallen, auch dem Finanzminister. Täglich werden neue Sparmaßnahmen und Kürzungen ins Spiel gebracht, die weit über die umgeschichteten 60 Milliarden Euro des für verfassungswidrig erklärten Nachtrags Haushalts aus 2021 hinausgehen. Die Förderung des Umbaus hin zu klimaneutraler Produktion steht ebenso zur Disposition wie Förderprämien im Bereich der Autoindustrie oder die Subventionierung der neuen Chip-Fabriken. Es macht den Eindruck, dass sämtliche, auf Schulden aufgebaute Finanzierungskaskaden einstürzen. Am tiefen Ende des Bundeshaushalts, dem Sozialbereich, sei nun kein Geld mehr da, tönt es – nicht nur - aus FDP-Kreisen. Für die Aufrüstung dagegen schon. Wir werden in der nächsten Nummer darauf eingehen.

Der aufmerksamen Leserschaft ist es nicht entgangen: die letzte Nummer war allzu dünn. Dafür bitten wir um Verständnis, es lagen leider keine weiteren Zusagen bzw. Artikel vor und wir wollten die Lücken nicht einfach mit Nachdrucken füllen.

Die Rückmeldungen beweisen andererseits, dass Ihr mehr von uns lesen wollt. Und das freut uns.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

le Menschen im sozial relativ homogenen Osten der AfD zu“. So ist es also: die Ostdeutschen sind anfälliger für ausländerfeindliche und reaktionäre Parolen. Die Studie der Universität Leipzig scheint das zu bestätigen. Danach seien die Menschen vor allem in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt auffällig. In diesen Bundesländern wünsche sich jeder Zweite eine „starke Partei“, die die „Volksgemeinschaft“ verkörpert, als Alternative zur pluralistischen Parteien-Demokratie. Zwei Erkenntnisse stellt die Studie in ihren Mittelpunkt. Es heißt darin:

„Insbesondere in Mitteleuropa gibt es einen hohen Anteil von Menschen mit rechtsextremen Einstellungen sowie nur einen geringen Anteil von Menschen, die rechtsextremen Thesen eindeutig widersprechen. In einzelnen Bundesländern werden Aussagen mit eindeutig rechtsextremem Inhalt nur von 20 bis 30 Prozent zurückgewiesen“. Zweitens: „empfindet sich zwar eine Mehrheit der Befragten als Demokraten, doch mit der Demokratie, wie sie die Menschen in ihrem Alltag erleben, ist eine große Mehrheit unzufrieden“. Soweit die Leipziger Uni-Studie.

Andere Analysen, Untersuchungen und Studien weisen in die gleiche Richtung. Das geschieht nicht selten mit westlicher Überheblichkeit. Unausgesprochen meint man da in bestimmten Kreisen, die „Ostis“ müssten erst noch lernen, was Demokratie ist.

Ein weiterer Paukenschlag

Anfang Oktober fanden in Hessen und Bayern die Landtagswahlen statt. Und welche „Überraschung“. In Hessen liegt die AfD mit 18,4 Prozent an zweiter Stelle, hinter der CDU. Und in Bayern wachsen die Stimmen für die AfD ebenfalls deutlich an. Mit 14,6 Prozent (Landtagswahlen 2018:10,2 Prozent) wird sie die drittstärkste Partei im bayerischen Landtag, hinter CSU und Freien Wählern. Eine freudestrahlende Alice Weidel stellt vor laufenden Fernseh-Kameras am Wahlabend fest: „Die AfD ist kein Ostphänomen mehr“.

Wo die Weidel Recht hat, da hat sie recht. Die These, wonach das Erstarken der AfD vor allem das Ergebnis der DDR-Sozialisation der Menschen sei, ist also so nicht mehr haltbar. Es muss andere Gründe geben, die die Partei für einen Teil der Wählerschaft anziehend macht. Die Wahlforscher bekommen die Antwort, viele AfD-Wähler wollten mit der Stimmabgabe zu Gunsten der AfD den restlichen Parteien eine Absage erteilen und vor allem der Bundesregierung einen Denkmittel verpassen.



Der Grund für den Wunsch, einen solchen Denkmittel zu erteilen, ist schnell gefunden. Die FAZ ließ in einem Artikel kürzlich einen Rentner aus Nordhausen in Thüringen zu Wort kommen, der sein Engagement für die AfD erklärte. Er meinte, es gehe ihm beschissen „wegen der Migranten, die Deutschland übersiedeln“, den „korrupten Politikern“ und dem „grünen Dreckszeug, diesen Schwätzern“. „Alles wird immer nur teurer, die Mieten, das Brot, die Heizung; die Ukrainer kriegen alles und er mit seiner mickrigen Ost-Rente viel zu wenig“.

Dieser Mann spricht ein Thema an, das in den gängigen Analysen und Studien kaum eine Rolle spielt, nämlich die herrschenden sozialen Verhältnisse. Nach den beiden Landtagswahlen in Bayern und Hessen schrieb der Berliner Tagesspiegel: „Besonders erfolgreich ist die Rechtspartei bei den ‚kleinen Leuten‘, also im Milieu der Arbeiterschaft, der Angestellten und der Selbstständigen mit eher geringem Einkommen, die entweder Hauptschulabschluss oder mittlere Reife haben. Bei Menschen ohne Abitur liegt der AfD-Anteil bei einem Fünftel bis einem Viertel. Bei Akademikern mit einem Hoch-

schulabschluss wählen allerdings auch noch etwa zehn Prozent rechts außen“. Auch hier wird nicht auf die konkrete soziale Situation dieser Menschen eingegangen. Für die Zeitung ist deren Wahlverhalten eher ein Bildungsproblem.

Dabei bestätigt der Artikel geradezu die Motivation dieser Wählergruppe, die AfD zu wählen. Sind es doch die sogenannten kleinen Leute und das „Arbeitermilieu“, das zurzeit die Folgen der bundesdeutschen Politik auszubaden hat. Untersuchungen bestätigen das. Es sind

überdurchschnittlich häufig Männer im Alter zwischen 45 und 59 Jahren und Arbeitslose, die die AfD wählen. Ihr Einkommen ist meist gering oder liegt im mittleren Bereich. Und ihre ökonomische Lage verschlechtert sich zunehmend in Folge der allgemeinen Preisentwicklung. Alles wird teurer. Vor allem die Lebensmittelpreise reißen große Löcher in die

Haushaltskassen. Hier ist die Inflationsrate ungefähr doppelt so hoch wie der offiziell ausgewiesene Prozentsatz. Das führt konkret zu Reallohnverlusten bei den abhängig Beschäftigten, zumal die zurückliegenden Tarifierhöhungen deutlich unterhalb der Inflationsrate blieben. Die Wut auf die Bundes- und Länderregierungen wächst, ist doch deren Politik die Ursache für die Explosion der Preise. Der Krieg in der Ukraine und die darauffolgenden Sanktionen gegen Russland haben Rückwirkungen auf die Wirtschaft und die abhängig Beschäftigten. Während die Wirtschaft aber die gestiegenen Preise weiterreicht, bleiben sie bei den abhängig Beschäftigten hängen. Sie sind es, die die Zeche bezahlen.

Das alles geschieht in einer Zeit, in der die Industrie vor großen Umbrüchen steht. Der technische Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Mobilität wird in vielen Betrieben zu Personalabbau führen. Zum Teil hat er schon begonnen. In nicht wenigen Bereichen stehen Standortverlagerungen und massive strukturelle Veränderungen an. Manche Ökonomen sprechen gar von einer

Deindustrialisierung Deutschlands. Es wundert deshalb nicht, wenn bei vielen Menschen die Verunsicherung steigt. Es geht ihnen ökonomisch schlecht und sie sehen für sich und ihre Familien keine Perspektive. Für den ostdeutschen Bereich gilt dies in verschärfter Form. Hier sind nicht wenige noch geradezu traumatisiert von den Ereignissen Anfang der 1990er Jahren, als die Industrie der ehemaligen DDR großflächig zerschlagen und eine brutale Form des Kapitalismus eingeführt wurde. Das alles soll in ihren Augen jetzt in anderer Form erneut beginnen?

Tariffucht des Kapitals

Inzwischen hat diese Entwicklung auch den Westen erreicht. Die Zahl tariffüchtiger Unternehmer wächst auch dort seit Jahren ungebremst. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Untersuchungen des DGB berichten, dass in der Gesamtwirtschaft der Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben von 1996 bis 2022 in Westdeutschland um 26 Prozentpunkte, in Ostdeutschland – ausgehend von einem deutlich niedrigeren Niveau – um 23 Prozentpunkte gesunken ist. Diese Entwicklung ist weitestgehend auf den Rückgang der Branchentarifbindung in der Privatwirtschaft zurückzuführen, denn die Tarifbindung im öffentlichen Sektor blieb im betrachteten Zeitraum weitgehend stabil. Das hat zur Folge, dass nur noch die Hälfte aller Beschäftigten tarifvertraglichen Regelungen unterliegt. Berücksichtigt man dann noch, dass der gesamte öffentliche Dienst zu 98 Prozent tarifgebunden ist, wird die traurige Misere in der Privatwirtschaft sichtbar. Besonders negativ ist die Lage der Beschäftigten in den Unternehmen in Ostdeutschland. Sieht man von den Automobilfabriken in Zwickau und Leipzig und der Mikroelektronikindustrie in Dresden ab, gibt es kaum noch Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten. Mittlere und kleine Unternehmen haben keine Tarifverträge. Die Löhne und Gehälter, die dort bezahlt werden, hängen weitgehend vom „guten oder bösen Willen“ der entsprechenden Unternehmensleitung ab. Aber alle handeln natürlich gemäß ihren

Interessen und versuchen die Entgelte so weit wie möglich zu drücken.

Betriebsratsfreie Zonen

Auf betrieblicher Ebene regelt das Betriebsverfassungsgesetz die Interessenvertretung der Beschäftigten. Dort obliegt den Betriebsräten die Umsetzung und Überwachung geltender Tarifverträge, die von Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern ausgehandelt werden. Da die meisten Unternehmer weder ein Interesse an Tarifverträgen noch an Betriebsräten haben, versuchen sie ihre Betriebe betriebsratsfrei zu machen und zu halten. Denn besteht ein Betriebsrat, hat es eine Gewerkschaft leichter, sich Zutritt zum Betrieb zu verschaffen und die Belegschaft für sich zu gewinnen. Um ihr Ziel zu erreichen, scheuen die Unternehmer fast keine Mittel, oftmals auch keine kriminellen, bestehende Betriebsräte in ihrer Arbeit zu stören und die Gründung neuer Betriebsräte zu verhindern. Die Unternehmer sind bei dieser „Arbeit“ durchaus „erfolgreich“. So stellt das IAB in einer repräsentativen Erhebung fest, dass nur 41 Prozent der westdeutschen und 36 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten in Betrieben mit einem Betriebsrat arbeiten. Die Konsequenzen für die davon betroffenen Beschäftigten sind beachtlich. In einem Betrieb, in dem kein Betriebsrat besteht, ist der einzelne Beschäftigte letzten Endes der Willkür einer Betriebsleitung ausgeliefert. Es kann dabei schlimm zugehen, wie viele Einzelbeispiele zeigen.

Selbst wenn eine Geschäftsführung eine „vernünftige“ Personalpolitik betreibt, wird der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht aufgehoben. Und es gibt keine institutionelle Macht, die den Kapitalinteressen etwas entgegensetzt.

Das Sein und das Bewusstsein

Nur eine Minderheit der in der Privatwirtschaft (ab fünf Beschäftigte) tätigen Beschäftigten arbeitet in Betrieben, die sowohl einen Betriebsrat haben als auch einem Branchentarifvertrag angehören. Dieser Bereich umfasst nur ein knappes Viertel (24%) der Beschäftigten in Westdeutschland und gerade noch ein Siebtel (14%) in Ostdeutschland. Der Rest der abhängig Beschäftigten arbeitet ungeregelt und ohne die Möglichkeit, die eigenen Interessen über einen Betriebsrat zu vertreten. Geringe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind der Alltag dieser Menschen. In der alltäglichen Politik gibt es sie nicht, da kommen sie nicht vor. Da stellt sich ein Ohnmachtsgefühl ein, eine Wut auf „die da oben“ und gegen anonyme Kräfte, die ihnen das Leben schwer machen. Es war Karl Marx, der festgestellt hat, dass die ökonomische Entwicklung Veränderungen in den sozialen Beziehungen, der Kultur und Politik nach sich zieht. Er prägte den Satz „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“. Und das hat sich bei dem AfD-Wähleranteil, der aus der Arbeiterklasse kommt, konkret verändert. Diese Wähler wollen so wie bisher nicht mehr weitermachen.



Sie wollen, dass sich grundsätzlich etwas ändert. Und da bietet sich die AfD an. Allerdings wählen sie mehrheitlich die AfD nicht, weil diese faschistische Tendenzen aufweist, sondern weil es die Partei ist, auf die Alle, von den Medien bis zu den anderen Parteien, aufgeregt reagieren.

Problemlöser AfD?

Die AfD stellt sich als Problemlöser dar, der die Sorgen des „kleinen Mannes“ aufgreift. Dabei dockt sie geschickt an die in der Bevölkerung bestehende Ausländerfeindlichkeit an und macht Migranten, Asylbewerber und Flüchtlinge zu Sündenböcken. Angeblich sind auf diese alle Probleme der Gesellschaft zurückzuführen. Auch geht die Partei dabei davon aus, dass sich ihre Wählerschaft nicht intensiv mit ihrer Programmatik beschäftigt. Denn würde sie das tun, würde sie feststellen, dass fast alles, was die AfD vertritt, sich gegen ihre eigenen Interessen richtet. Die AfD steht für eine extrem neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie setzt sich in fast allen Bereichen für Steuersenkungen und gegen Steuererhöhungen ein. Die Besteuerung großer Vermögen lehnt sie ab, den Solidaritätszuschlag für die Spitzenverdiener will sie komplett abschaffen. Das Gleiche gilt für die Wirtschaftspolitik, bei der die AfD generell die Rolle des Staates beschneiden und die Macht des Marktes vergrößern will. Würde sie ihre Forderungen durchsetzen, ginge es den eigenen Anhängern schlechter. Doch das ist für die AfD-Wähler aktuell kein Problem. Mit ihrer Wahlentscheidung wollen sie Druck auf die Bundesregierung ausüben, was ihnen offensichtlich auch gelingt.

Problemlöser DGB?

Offensichtlich ist auch den Gewerkschaften und dem DGB der Zusammenhang von Wahlverhalten und sozialer Lage der abhängig Beschäftigten aufgefallen. In einer Mitte November 2023 erschienen Studie geht der DGB darauf ein. Von den Unternehmern fordert dort der Gewerkschaftsbund, den Negativtrend bei der Tarifbindung zu stoppen. Eine Kampagne „Tarifwende“ soll dazu beitragen. Diese richtet sich

im speziellen an die Bundesregierung. Die Ampelparteien hatten in ihrer Koalitionsvereinbarung mehrere Initiativen zum Thema Tarifbindung angekündigt. So sollte ein Bundestariftreugesetz dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden dürfen, die tarifgebunden sind. Des Weiteren soll es neue Regeln zur Fortgeltung von Tarifverträgen bei Betriebsausgliederungen sowie der Schaffung eines digitalen Zugangsrechts für Gewerkschaften in die Betriebe zum Zwecke der Stärkung der Mitbestimmung geben. Passiert ist bis jetzt allerdings nichts, stellt der DGB in der dazu anberaumten Pressekonferenz fest. Das DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell meinte dort: *„Diese Entwicklung wollen und dürfen wir nicht länger hinnehmen, wenn wir unser Sozial- und Wirtschaftsmodell erhalten wollen“*. An die Unternehmer richtete er den Appell, *„ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder gerecht zu werden – und im Übrigen auch dem eigentlichen verfassungsmäßigen Auftrag: mit uns gemeinsam Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu verabreden“*. Und das Ganze sollte dann, so die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, *„mit uns in eine neue Phase der Sozialpartnerschaft (...) treten“*. Sozialpartnerschaft! Als gäbe es Sozialpartnerschaft nicht schon im Überfluss. Sozialpartnerschaft verdeckt die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit. Sie ist Teil des Problems. Sie bewirkt, dass abhängig Beschäftigte die politische Orientierung nicht finden. So haben beispielsweise die Gespräche zur Inflationsbekämpfung in der „konzertierten Aktion“ der Bundesregierung Anfang dieses Jahres ganz sicher dazu beigetragen, dass die Gewerkschaften in Tarifverhandlungen Zugeständnisse bei den Entgelterhöhungen gemacht haben. Die Gespräche zwischen Bundesregierung, Unternehmern und Gewerkschaften waren in den Medien kein großes Thema und auch die Ergebnisse wurden nicht ausführlich publiziert. Aber es ist schon seltsam, dass alle folgenden Tarifabschlüsse von der Inflation übertroffen wurden. Das ist Sozialpartnerschaft in der Praxis.



Dabei war die Bereitschaft der Beschäftigten, in eine Auseinandersetzung zu gehen, sichtbar vorhanden. Ein Erzwingungsstreik zur Durchsetzung einer Forderung wäre in vielen Gewerkschaften möglich gewesen. Selbst wenn die nicht tarifgebundenen Betriebe dabei nicht einbezogen gewesen wären, wäre das auch für die dort Beschäftigten ein Signal gewesen, selbst aktiv zu werden. Hätten sie doch gesehen, dass man viel erreichen kann, wenn man organisiert, solidarisch zusammensteht und für eine Sache im eigenen Interesse kämpft. In einem Streik wird für die Kämpfenden klar, auf welcher Seite sie stehen. Sicher hätte sich nicht bei allen abhängig Beschäftigten die politische Haltung geändert. Auch weiterhin wären bei Teilen von ihnen konservative und fremdenfeindliche Einstellungen wahrscheinlich. Aber bei vielen wären diese zurückgedrängt worden und einer AfD wäre es schwerer gefallen, in dieses Arbeiter- und Angestellten-Milieu einzudringen.

Wie es weitergeht, lässt sich nur schwer vorhersagen. Die Industrie und viele Betriebe und damit die Beschäftigten stehen vor großen Herausforderungen. Der technische Wandel hin zu klimaneutraler Wirtschaft und E-Mobilität hat große Auswirkungen. Es wird zu den schon beschriebenen Veränderungen in den Betrieben und der Industrie kommen. Und das bedeutet, dass es auch zu Abwehrkämpfen kommen wird. Der Ausgang dieser Kämpfe ist allerdings nicht gewiss. Sie werden abhängig sein von den Kräfteverhältnissen, die die Belegschaften zusammen mit ihren Gewerkschaften entwickeln. Erreichen aber die Beschäftigten eine Sicherung ihrer Arbeitsplätze und beeinflussen sie den beabsichtigten Wandel positiv, wird das ihr Selbstbewusstsein deutlich stärken. Eine Partei wie die AfD ist dann für diese Menschen weniger attraktiv.

Die Landtagswahlen in Bayern

Alles wie immer. Und doch wird vieles anders



Auf den ersten Blick hat sich nichts bewegt. Eine bürgerlich-konservative Koalitionsregierung mit deutlicher parlamentarischer Mehrheit (CSU, Freie Wähler) war sich vor den Wahlen öffentlich einig, die Regierung in derselben Konstellation weiterzuführen. Nach den Wahlen hat diese Koalition eine wesentlich größere parlamentarische Mehrheit und wird weiterregieren. Zwar plustern sich Söder und Aiwanger noch auf und gockeln um die Details, aber das Ergebnis wird der gemeinsame Koalitionsvertrag sein. Inhaltlich trennt beide so wenig, dass es keinen Richtungsstreit geben kann.

Den Unterschied macht das teilweise erratische Verhalten des Parteiführers Aiwanger (FW). Man denke nur zurück an seine Weigerung, sich gegen Corona impfen zu lassen oder an seine merkwürdige Liebe zu Schneekanonen in Bayern, um den hoffnungslosen Wettbewerb mit österreichischen Skigebieten aufzunehmen.

Solche Eskapaden ließ die CSU-Führung in der letzten Legislaturperiode durchgehen, weil sie ihr zu unbedeutend oder auch etwas zu schmutzlig vorkamen. Doch Söders Kalkül, Aiwanger werde sich als der Clown, den er abgab, selbst demonstrieren, ging nicht auf. Die Umfragen

vor den Wahlen wiesen bereits darauf hin, dass die FW ein zumindest gleichbleibend hohes Wahlergebnis einfahren würden, während Söders Ziel, die Mehrheit für die Alleinregierung zurückzugewinnen, Makulatur war. Die FW hatten die lange geübte Praxis der CSU kopiert und auf die Spitze getrieben. Die CSU verstand es, in Berlin in Regierungsverantwortung zu sein und sich gleichzeitig in München als einzige Opposition gegen die Bundespolitik aufzuplustern. Die FW schafften diesen Spagat jetzt innerhalb Bayerns.

Aiwanger ist bayerische Regierung und Opposition in einer Person, sehr zum Gefallen einer kräftig wachsenden Wählerschaft. Deshalb haben ihm die Skandale (Erdinger Rede über das Zurückholen der Demokratie, Flugblattaffäre in der Zeit seines politischen Erwachens) auch nicht geschadet – im Gegenteil. Er repräsentiert für jeden 6. Wähler (m/w/d) die nötige Distanz zum politischen Establishment wie kein anderer.

Diese Hahnenkämpfe im bürgerlichen Lager könnten der Linken eigentlich egal sein. Doch geht es um wesentlich mehr. Der Stimmenzuwachs der FW geht nicht zu Lasten der CSU, die ihr Landesergebnis von 2018 knapp wiederholt. Und der Zu-

wachs von über 4% geht auch nicht zu Lasten der AfD, die sogar noch stärker als die FW zulegt. Das konservative bis rechtsextreme Lager in Bayern schnellte von etwa 60% vor fünf Jahren auf 70% hoch, wenn man die christlich-grün-konservative ÖDP und die skurrile Bayernpartei (Wahlkampfparole „Los von Berlin“) dazu addiert.

Aufklärerische, gar linke Politik in Bayern war immer ein Minderheitsunterfangen, sie ist seit über sechzig Jahren weit von einer Regierungsfähigkeit entfernt. Aber 2023 manifestiert sich diese Verlagerung der Gewichte so deutlich wie nie zuvor. Inhaltliche Gründe, etwa der Streit um bayernbezogene Sachthemen spielen keine Rolle. Alles dreht sich – zumindest an der Oberfläche – um das Thema Migration, um das Thema Klimaschutz und damit um die „Verbotskultur“, die Wähler quer durch alle Klassen in Berlin verortet und die sie in Massen ablehnen. Der (virtuelle) Anteil der Ampelparteien in Bayern sinkt von einem knappen Drittel (2018) auf ein Viertel der Wählerstimmen. Und die SPD darf sich allmählich mit der 5%-Hürde vertraut machen, unter der die FDP bereits locker bleibt. Die LINKE selbst nähert sich den Ergebnissen der DKP in den 1970er Jahren an, auch wenn sie für die Politik in

Berlin eigentlich nicht haftbar gemacht werden kann. Plakatierte Sachthemen – Pflegedebakel, Wohnungsmangel, Bildungsnot – sowohl der LINKEN als auch, erstaunlicherweise, der SPD bleiben ohne jede Resonanz im Wahlkampf, sie werden im Hinblick auf das eigene Wahlverhalten völlig ignoriert. Die GRÜNEN haben wie die schwarz-braunen Parteien ihre Plakatwerbung auf Portraitaufnahmen im Großformat und inhaltsbefreite Slogans umgestellt. GRÜN etwa titelt „Herz statt Hetze“, was eher zu einem Kardiologenkongress als zu einem Wahlkampf passt.

Die Rechtsentwicklung, die sich im Ergebnis spiegelt, schlägt also nicht nur in den östlichen, ach so DDR-verseuchten Bundesländern zu. Die ununterbrochene demokratische Grunderziehung im Westen immunisiert offenbar doch nicht gegen rechte Politikangebote. Wenn die Faktoren für die Verunsicherung einer sich als Mittelschicht betrachtenden Wählerschaft überhandnehmen und zugleich der Eindruck entsteht, die Politikverantwortlichen seien den Krisen nicht mehr gewachsen, weitet sich das Spektrum der „wählbaren“ Parteien nach rechts. Es ist also nicht so, dass Pflegedebakel, Wohnungsfragen oder Bildungsnot keine Rolle mehr spielen. Die Lösung der multiplen Probleme wird den Regierungsverantwortlichen

weniger und weniger zugetraut, das macht rechte, populistische Ansätze so attraktiv.

Eine Besonderheit der Wahlergebnisse soll nicht unter den Tisch fallen. Das Resultat in München weist, vorsichtig formuliert, signifikante Unterschiede zum Landesergebnis auf. So bleiben die GRÜNEN 2023 nur marginal unter ihrem letzten Vergleichsergebnis (fast 31% mit Spitzen von 44% in München-Mitte), die SPD hält ihr schwaches Ergebnis einigermaßen und kommt auf über 12%. Und sogar die FDP überspringt die 5%-Hürde leicht. Selbst die LINKE schneidet deutlich besser als im Landesdurchschnitt ab. Die „Ampel“ kommt, auch wenn sie in München politisch nicht verbunden ist, auf fast 50% und hängt die Rechten (die über 5% zulegen) klar ab.

Gilt also, was über die politische Entwicklung in Bayern gesagt wurde, nicht für die Hauptstadt? Nur zum Teil. Die sozial-grün-liberalen Parteien in München haben eine politische (Erfolgs-)Geschichte über mindestens dreißig Jahre hinter sich. Die Stadt war

vor wenigen Jahren noch schuldenfrei, die Gewerbe- und anderen Steuern flossen in Rekordströmen, Firmenansiedlungen und Arbeitsplätze waren kein Problem. Das hat das Klima in der Stadt bestimmt und die Substanz scheint der Mehrheit immer noch groß genug zu sein, da sind Störungen durch bauernaffine Bierzelthelden oder rechte Krakeeler weniger willkommen. Beinahe überflüssig zu erwähnen: Irgendwelche extravaganten Abweichungen vom bürgerlichen Politikbetrieb – Fehlanzeige. Man hat sich also, tolerant, nachhaltig und divers, wie man ist, eingelebt. Noch sind diejenigen, die durch das Raster fallen und sich das Leben in München nicht mehr oder nur unter den erbärmlichsten Bedingungen leisten können, deutlich in der Minderheit. Politisch macht sich die soziale Ungleichheit bisher nicht Luft. Doch spürbare Veränderungen sind auch in der Hauptstadt des „Leben und leben Lassens“ möglich, die bayerische Provinz macht es gerade vor.

he,m
18.10.2023

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 Euro

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307

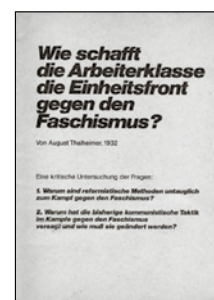
90261 Nürnberg

redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org

Unsere Jahreskonferenz 2023

Am 11. und 12. November fand in Nürnberg die Jahreskonferenz der Gruppe statt. Wetter- und gesundheitsbedingt nahmen weniger Genossinnen und Genossen als sonst an der Tagung teil. Wie die letzten Jahre auch, nahmen Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik und der Gruppe International Dorfen daran teil.

Zu Beginn gab unser Nürnberger Altgenosse eine kurze Einschätzung der allgemeinen Situation ab. Es war ihm ein Anliegen, angesichts der Weltlage und der Bedingungen in Deutschland die Notwendigkeit weiterzumachen und die politischen Aufgaben der Gruppe darzustellen. Er ist das letzte lebende Gründungsmitglied der Gruppe und verfügt über einen großen Erfahrungsschatz. Seine Ausführungen drucken wir leicht überarbeitet ab.

In der Aussprache kam die angespannte finanzielle Lage der Gruppe zur Sprache. Ohne die Abozahlungen und Spenden von Lesern und Leserinnen, sowie die Selbstlosigkeit unserer Mitglieder und Sympathisanten kämen wir nicht über die Runden. Trotzdem wollten wir die traditionelle Sammlung nicht für die Gruppe verwenden, sondern setzten mit der Summe von 500 € für das unter der US-Blockade leidende Kuba wieder ein Zeichen der internationalen Solidarität.

Unsere personelle Situation ist alles andere als rosig – aber trotz alledem haben wir unsere Hauptaufgabe, die Herausgabe von vier Nummern der Arbeiterstimme, wieder bewältigt und das – so war die ungeteilte Meinung – mit anspruchsvollen Inhalten. Unser Frühjahrsseminar in München und die Jahreskonferenz können wir ebenso

stemmen. Auch die Homepage wurde gewürdigt, wenn auch, wie ein Genosse anmerkte, bei der Bedienungs-freundlichkeit noch Verbesserungsbedarf besteht. Wir sind froh, dass wir sie in der angespannten Lage überhaupt aufrechterhalten können.

Nach Abänderung der Tagesordnung aus aktuellen Gründen haben wir uns mit den Themen „Krieg im Nahen Osten“, der Situation der LINKEN und dem Bündnis Sahara Wagenknecht sowie mit dem „Globalen Süden“ auseinandergesetzt. Ausführungen dazu drucken wir in dieser Nummer ab.

Die Diskussionen waren wieder konstruktiv und weiterführend. Auch diese Jahreskonferenz hat den Zusammenhalt der Gruppe gestärkt, der für ein engagiertes Weiterarbeiten in diesen düsteren Krisenzeiten eine wichtige Voraussetzung ist.

Alle Referate werden mit Ergänzungen, die der Diskussion entsprangen, hier abgedruckt.

Zur Lage der Gruppe

Der heutigen Jahreskonferenz unserer Gruppe kommt in zweifacher Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Wir haben ja als sehr kleine Gruppe nicht die Kraft, innenpolitisch oder gar weltpolitisch etwas zu ändern oder mit großen „Erzählungen“ aufzuwarten, wie mancher Leser und manche Leserin es sich vielleicht wünschen. Es gibt auch auf absehbare Zeit in Deutschland keine Hoffnung auf gesellschaftliche Umgestaltung in unserem Sinne, da die Voraussetzungen dafür nicht mal sichtbar sind. „Die Welt ist aus den Fugen“, schwere Zeiten, wie wir es fast täglich in den Zeitungen lesen können und das wird sich auch lange nicht mehr ändern. Da haben wir eben als kleine kommunistische Gruppe nur noch eine bescheidene Rolle, sie ist aber zu wichtig, um aufzugeben. Sie hat ihre spezielle Ausrichtung der Herangehensweise an Politik und für realistisches Handeln. Es gilt durch Taktik die Strategie zu bestimmen, um die Vorbedingungen zu schaffen. In Ermangelung von Klassenkämpfen müssen solche Prämissen, wie sie einst die KPO auszeichneten, heute meistens Theorie bleiben,

Die Linke, nicht nur in Deutschland, ist vor allem durch die Kriegsbeteiligung der BRD im Ukrainekrieg und durch den „bedingungslosen Beistand“ für das rechtsradikal regierte Israel noch stärker in die Krise geraten. Streit und Spaltungen schwächen die Gruppen, die Partei Die Linke zerfällt. In der Friedensbewegung sind viele verzweifelt oder übernehmen die Kriegspropaganda aus Fernsehen und Presse, die immer einseitiger berichten. Bezeichnend ist, wie wenig Protest auf die Provokation der Scholz-Regierung kam: „Wir werden also für lange Zeit „kriegsbereit“ leben müssen.“

Nicht zuletzt durch das Konkurrenzsystem des Kapitalismus, vor allem aber durch die machtpolitische Konfrontation zwischen den USA und dem aufsteigenden China werden mit der Zeit die riesigen Rüstungs- und Kriegskosten nicht mehr prolongiert werden können. Allein die Staatsverschuldung der USA wirkt erkennbar zurück auf die innenpolitischen Zustände, die dann außenpolitisch zu Veränderungen führen können.

Auch in Deutschland sind die Kürzungen im Bildungswesen und im Sozialbereich längst im Gange. Wenn

nun auf Drängen Bidens Deutschland noch mehr Finanzausgaben an Kiew macht, wird das „Sparprogramm“ vor allem die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger treffen.

Die nicht enden wollende Hetze gegen die Flüchtlinge ist einer der Gründe, die Rechtsextremen zu wählen. Die Proteste werden zunehmen, auch die Streiks. Da das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft durch die Konjunkturphasen weithin dezimiert wurde und die Gewerkschaften vor allem als Sozialpartner der Unternehmer fungieren, können rechtsradikale Losungen leider Anklang finden.

Ob durch leidvolle Erfahrungen dann sich doch was ändert, bleibt abzuwarten. Das muss zusammengehen mit der Aufklärung über die Klassenverhältnisse und mit Werbung im Sinne der marxistischen Geschichtsbeurteilung. Nur in einer sozialen Bewegung können neue Ansätze entstehen. Mögen übriggebliebene sozialistische Kader auch nur noch wenige sein, für ein Wiedererstehen einer Arbeiterbewegung sind sie unentbehrlich!

So sehe ich die Aufgabe auch unserer Gruppe.

Trotz alledem!

Das Bündnis Sahra Wagenknecht – Annäherungen an eine künftige Partei

Die Entscheidung von Sahra Wagenknecht für die Gründung einer neuen Partei könnte gravierende Auswirkungen haben. Für die Partei „Die Linke“ sowieso, aber eventuell auch weit darüber hinaus. Die Resonanz in der linken Öffentlichkeit ist naturgemäß nicht einheitlich.

Wir bringen dazu mehrere Stellungnahmen von Autoren aus dem linken Spektrum, darunter zwei Beiträge aus der Jahreskonferenz 2023, die die Entwicklung aus unterschiedlicher Perspektive beleuchten und deshalb nicht notwendigerweise zum gleichen Ergebnis kommen.

Zur Zeit ist vieles noch uneindeutig und nicht abschließend zu beurteilen. Die in der Folge abgedruckten Stellungnahmen sind deshalb mit Sicherheit nicht die letzten, die sich mit Sahra Wagenknecht und ihrem Parteigründungsvorhaben befassen werden.

Partei Die Linke

Das Ende eines linken Projektes?



Geschwisterlich vereint – Parteivorstand, gewählt auf dem Parteitag 2012

Am 23. Oktober dieses Jahres sind 10 von 38 Bundestagsabgeordnete aus der Partei DIE LINKE ausgetreten. In der *jungen Welt* kommentierte den Vorgang Nico Popp: „Die Linkspartei ist als sozialistische Partei, die sie, wenn nicht ihren Taten, so doch ihrem Programm nach war, gescheitert. Der Hauptteil der Strömung, die auf Oppositionspolitik festgelegt war, verlässt jetzt die Partei, in der nun der Durchmarsch der ‚progressiven‘ Liberalen droht.“ Niemand von uns kann diese Entwicklung begrüßen. Sie war allerdings vorhersehbar, da sich die Konflikte in der Partei immer mehr zuspitzen. Es nur an inhaltlichen Kontroversen festzumachen, würde zu kurz greifen.

Es ist von außen schwer zu beurteilen, wie im Detail die Schuld am

Auseinandertriften zu verteilen ist. Vermutlich hat man sich auf beiden Seiten nichts geschenkt. Eine Kette negativer Wahlergebnisse trug nicht unwesentlich dazu bei, Schuldzuweisungen vorzunehmen. Bei der Wahl 2021 kam DIE LINKE bei einem Ergebnis von 4,9 Prozent nur über drei Direktmandate in den Bundestag. Bei der Europawahl 2019 waren es bereits magere 5,5 Prozent gewesen. Anstatt eine zielführende Analyse der Ursachen vorzunehmen, geriet immer mehr Sahra Wagenknecht (SW) ins Visier derer, die inzwischen den Parteivorstand dominieren, den sog. Bewegungslinken. Die Auseinandersetzung verschärfte sich nicht zufällig an der Frage, wie sich die Partei im Krieg zwischen Russland und Ukraine positionieren soll. In Kriegszeiten

sind dem Lavieren engere Grenzen gesetzt. Für Heinz Bierbaum und Michael Brie ist seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des Angriffs russischer Truppen auf die Ukraine, „aus einer geschwächten Partei DIE LINKE eine Partei im offenen Zerfallsprozess geworden“. Sie begründen diese Einschätzung damit, dass es ihr nicht gelungen sei, „eine überzeugende gemeinsame Position zum Krieg in der Ukraine zu entwickeln, ganz im Gegenteil. Der Versuch, den damit verbundenen Konflikten auszuweichen“, habe diese bis zur Unerträglichkeit verschärft. Und weiter heißt es bei Bierbaum und Brie: „Man kann in der Frage von Krieg und Frieden nicht unbestimmt sein und zugleich linke Politik betreiben. Die abhängige, die lohnarbeitende Klasse fragt mit Recht: Welche Politik nützt uns in

dieser konkreten Situation.“ Während der Wagenknecht-Flügel für einen sofortigen Waffenstillstand und anschließende Friedensverhandlungen plädierte, und während die Vertreter dieser Position Waffenlieferungen strikt ablehnten und auch den Wirtschaftssanktionen gegen Russland nichts abgewinnen konnten, lehnte die Parteiführung eine eindeutige Festlegung ab. Für Außenstehende ist nicht klar erkennbar, wofür die Partei in dieser zentralen Frage tatsächlich steht. SW wurde für ihre Rede im Bundestag, in der sie sich gegen die Sanktionen aussprach, aus den eigenen Reihen hart attackiert. Als sie dann im Februar dieses Jahres zusammen mit der Herausgeberin der Zeitschrift EMMA, Alice Schwarzer, eine große Friedenskundgebung in Berlin organisierte, verschärfte sich der Konflikt mit der Partei noch einmal. So heißt es in der Austrittserklärung der zehn Abgeordneten: „Als Beispiel sei an den ‚Aufstand für den Frieden‘ vom Februar 2023 erinnert. Es war die größte Friedenskundgebung der letzten knapp 20 Jahre. Zehntausende versammelten sich vor dem Brandenburger Tor. Obwohl, und gerade weil etwa die Hälfte der Bevölkerung den militärischen Kurs der Regierung ablehnt, hat sich das gesamte politische Establishment des Landes gegen die Kundgebung gewehrt und sie diffamiert. Statt uns in dieser Auseinandersetzung zu unterstützen, stand die Parteiführung der LINKEN Schulter an Schulter mit den anderen Parteien: Sie hat den Initiatoren der Kundgebung vorgeworfen, ‚rechtsoffen‘ zu sein und war so Stichwortgeber für Vorwürfe gegen uns.“

Was tun, wenn das Tischtuch zerschnitten ist?

Spätestens ab diesem Zeitpunkt war das Tischtuch innerhalb der Partei zur Gänze zerschnitten. Aber bereits zwei Jahre vorher hatte SW mit ihrem Buch „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ die Debatte befeuert. Der Kampf gegen den „Linkoliberalismus“ nimmt in diesem Buch einen zentralen Stellenwert ein. Manche Sichtweisen in dem Buch kann der Verfasser dieses Artikels nachvollziehen und unterstützen.

Anderen ist weniger abzugewinnen. Sei's drum. Wenn man nicht mehr miteinander kann, muss man sich trennen. Die Ausgetretenen wollen keinen Rosenkrieg, wie sie betonen. Nicht alle aus dem Parteivorstand sehen das auch so und treten nach. Um es an einem Beispiel festzumachen. Ates Gürpınar war bis 2022 Sprecher des Landesverbands Bayern. Seit 2021 sitzt er für die LINKE im Bundestag und ist einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, also ein zentraler Funktionär. Der Frankfurter Rundschau sagte er unlängst: „Sahra Wagenknecht geht es nicht um linke politische Inhalte, sie will den Menschen nicht helfen. Sie sucht für sich selbst eine Plattform, zur Erzeugung persönlicher Reichweite für ihre Bücher und anderer Einnahmequellen. Das ist menschlich abgründig, aber der Prozess ist durch.“



Geht's noch? Es ist dieser Umgang, der neben den inhaltlichen Differenzen die Partei aushöhlte. Gregor Gysi sprach schon vor elf Jahren auf dem Göttinger Parteitag vom „Hass“, der in der Fraktion herrsche. Eine linke Partei, in der die Mitglieder so miteinander umgehen, zerstört sich selbst. Wie nun die Linkspartei diese Existenzkrise überleben wird, wissen wir nicht. Nach dem Austritt der Wagenknecht Gruppe präsentierte man auf dem Augsburger Parteitag die Aktion „Eine Linke für alle“ und will damit einen Aufbruch aus der Krise erreichen. Was genau unter dieser Erneuerung zu verstehen ist, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Stolz wird von der Parteiführung auf die angeblich „massenhaften Eintritte“ nach den Austritten verwiesen. Es soll

sich vorwiegend um eine „Beitrittsaktion radikaler Linker“ in Berlin (Wolfgang Hübner im ND vom 19.11.23) handeln. Vor allem junge Leute mit einer Erwartungshaltung, die mit der innerparteilichen Realität kaum kompatibel sein dürfte. Da treffen u.a. pragmatische Regierungslinke auf junge Leute, die eine konträre Herangehensweise an politisches Handeln haben. Der Selbsttäuschung dürfte die Enttäuschung folgen.

Ist die Linkspartei eine Klassenpartei?

Ulrike Eifler ist Bundessprecherin der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft in der Partei DIE LINKE. Zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Susanne Fersch und dem Parteivorstandsmitglied Jan Richter, der bei der Fraktion beschäftigt ist, gab sie kurz nach der Abspaltung eine Erklärung heraus, in der sie zum Einen das Bedauern über das Scheitern eines 16 Jahre mehr und zum Schluss weniger erfolgreichen Parteiprojekts zum Ausdruck bringt. Sie konstatiert, dass der Abspaltungsprozess „auf beiden Seiten (!) von Menschen vorangetrieben und vollzogen“ wurde und nimmt damit keine Schuldzuweisung an nur eine Seite vor. Es heißt dann aber: „Ein historisches Parteiprojekt durch Spaltung zu schwächen, ist aus unserer Sicht politisch verantwortungslos.“ Also letztlich doch wieder eine Schuldzuweisung an die Wagenknecht Gruppe. Aus einem historischen Blickwinkel ist das mit der Verurteilung der Abspaltung nicht ganz so einfach, wie sich die Drei das vorstellen. War etwa die Abspaltung von der SPD nach dem 1. Weltkrieg auch verantwortungslos? Zu unterstreichen ist, wenn es in der Erklärung heißt: „Schwache linke Parteien sind keine schicksalhafte Entwicklung, sondern das Ergebnis fehlender strategischer Klärungsprozesse.“ Das zeige „die Partei der Arbeit in Belgien*, ebenso wie die österreichische KPÖ.“ Für die KPÖ trifft das sicher nur punktuell zu. Die Erklärung enthält einen Widerspruch, auf den hinzuweisen ist. Einerseits wird der Wunsch geäußert,

* Mehr zur belgischen Partei der Arbeit in der Arbeiterstimme Nr.220 S.10 ff: Die Linke kann erfolgreich sein



dass DIE LINKE „eine Klassenpartei bleibt“. Und an einer anderen Stelle: „Wir bleiben in der Partei DIE LINKE und ringen weiter um eine klassenpolitische Ausrichtung.“ Das Problem ist aber die Klasse, die von dieser Partei immer weniger wissen will, wie sich aus den Wahlergebnissen herausfiltern lässt. Handelt es sich hier nur um die Unfähigkeit der Klasse, die Linkspartei als die adäquate Interessensvertretung zu erkennen? Ingar Solty, Referent für Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, stellt sich die adäquate Partei so vor: „Es braucht eine linksozialistische Partei am linken Flügel der organisierten Arbeiterbewegung, die radikale Reformen ... durchführt und zugleich alles Erklärte nur als Verbesserung der Kampfposition für den Sozialismus ansieht.“ Davon ist die Partei DIE LINKE meilenweit entfernt. Inhaltlich und kräftemäßig. Dazu ein Beispiel: Als die Linkspartei beschloss, im November die 2. Tagung des 8. Bundesparteitages durchzuführen, wollte man mit der Ortswahl nicht zuletzt ein Zeichen setzen. Der Kreisverband Augsburg, geführt von dem jungen Gewerkschaftssekretär Frederik Hintermayer, der seit 2013 im schwäbischen Bezirkstag und seit 2020 im Augsburger Stadtrat sitzt, gab Anlass zur Hoffnung. Der KV hat außerdem ein zweites Stadtratsmitglied und einen Kreisrat. Alles hochmotivierte junge Leute. Als aber dann der Parteitag stattfand, waren alle drei Hoffnungsträger Mitglieder der SPD. Der KV soll zwar noch irgendwie existieren, hat aber keine Mandatsträger mehr. Da ist zusammengewachsen, was schon seit längerem zusammengehörte. Denn in Augsburg gab es bereits eine Fraktionsgemeinschaft SPD/DIE LINKE. Inzwischen ist auch der ehemalige bayerische Linkenabgeordnete Andreas Wagner in die SPD eingetreten. Sollte 2025 die Linkspartei den Einzug in den Bundestag nicht schaffen, könnten weitere Funktionäre ins SPD-Lager wechseln. Andreas Wehr, Mitbegründer des Berliner Marx-

Engels-Zentrums, war bereits am 27. Oktober, also vor ziemlich genau zwei Jahren, zu folgender Einschätzung gekommen: „Das Problem der Linkspartei .. ist ein strukturelles und wird wohl dazu führen, dass sie bald nicht mehr im Bundestag vertreten sein wird... DIE LINKE geht damit einen Weg, den vor ihr bereits viele andere linke Parteien in Europa gegangen sind.“ Jetzt, zwei Jahre später, erhofft sich die Partei einen deutlichen Aufschwung oder zumindest doch eine Trendwende bei den Wahlen des nächsten Jahres, durch den Weggang derer, die für das Desaster des Bundestagswahlergebnisses von 2021 verantwortlich gemacht wurden.

Eine deutsche Besonderheit?

Max Vuilliet ist Büroleiter der Salzburger KPÖ plus. In einem Beitrag in der aktuellen Ausgabe der *Marxistische Blätter* geht er auf den Niedergang der sog. Bewegungslinien in Europa ein („Bewegungslinie im Niedergang“). Als Beispiele für die von ihm als Niedergang bezeichnete Entwicklung führt er Griechenland, Spanien und Frankreich an. In Griechenland ist der Niedergang der ehemaligen Regierungspartei Syriza dramatisch. Mit über 30 Prozent der Stimmen konnte sie 2015 den Ministerpräsidenten stellen. Doch dieser, Alexis Tsipras, ein Hoffnungsträger vieler Linker auch außerhalb Grie-

Wurzeln, Stefanos Kasselakis. Nach seiner Wahl setzte eine „Massenflucht“ (nd, 27.11.23) aus der Partei ein: Darunter die ehemaligen Minister Efkli-dis Tsakalotos (Finanzminister) und Efi Achtsioglou (Arbeitsministerin). Außerdem elf Parlamentsabgeordnete, 46 Mitglieder des ZK, Dutzende führende Parteifunktionäre, 90 Mitglieder des Menschenrechtsausschusses und zwei Drittel der Jugendorganisation. Wie sich die Ausgetretenen politisch neu sortieren werden, lässt sich noch nicht absehen. Das kann dauern. Wie sieht die Situation in der französischen Linken aus? Als sich vor eineinhalb Jahren das Linksbündnis NUPES (Neue ökologische und soziale Volksunion) unter Führung von Jean-Luc Melenchon gegründet hatte, erzeugte dieses Bündnis verschiedener Linksparteien nicht unberechtigte Hoffnungen auf die Entwicklung einer starken linken Formation. Allerdings konnten Konflikte nicht ausbleiben. Die in der NUPES vertretenen Parteien bilden ein breites politisches Spektrum ab. Vielleicht zu breit, um erkennbar zu bleiben. So titelte die *junge Welt* am 10. Oktober: „Das Ende der NUPES“ Frankreichs Linksbündnis stehe „vor dem Aus“. Melenchon habe sich nicht genügend von der Hamas distanziert. Nicht nur die Sozialdemokraten und die Grünen, auch die Kommunisten (PCF) kritisierten Melenchon, den Vorsitzenden des LFI (La France In-



**Für Vernunft
und Gerechtigkeit**

chenlands, ist inzwischen Geschichte. 2019 wurde die linke Regierung durch die konservative Nea Demokratia abgelöst. Bei der diesjährigen Parlamentswahl musste sich Syriza mit 18 Prozent zufriedengeben. Die Konsequenz daraus: Tsipras zog sich zurück. Neuer Vorsitzender des Bündnisses der radikalen Linken (Syriza) wurde der US-amerikanische Geschäftsmann mit griechischen

sumise). Das Zerwürfnis scheint so tiefgehend zu sein, dass It. Heinz Bierbaum NUPES bei der Wahl zum Europäischen Parlament nicht mehr antreten wird. In Spanien gibt es, was die Linke betrifft, seit Jahren eine schwierige Gemengelage. Wegen vorzogener Neuwahlen gelang es dem linken Parteienbündnis SUMAR nicht mehr, die inhaltlichen Differenzen vorab zu klären. Zwar ist SUMAR Teil

der sozialdemokratischen Regierung unter Pedro Sanchez, aber es brodelt bereits jetzt. Darauf einzugehen würde hier zu weit führen. Immerhin hat Spanien wieder und gerade noch eine Mitte-Links Regierung. Aber die Rechten, darunter auch die Faschistenpartei VOX werden stärker. Wie schnell das gehen kann, zeigte sich soeben in den Niederlanden, wo die ultrarechte Ein-Personen-Partei Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit, PVV) ihr Ergebnis im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2021 mehr als verdoppeln konnte und erstmals zur stärksten politischen Kraft wurde. Parallel zum Aufstieg der Rechten erfolgte ein Abstieg der Linken. Die Sozialistische Partei (SP) halbierte ihre Stimmzahl gegenüber der Wahl von 2021 und setzte so die Abwärtsentwicklung seit der Wahl von 2010 fort. Europa rückt nach rechts und wenig deutet auf eine Kehrtwende in den nächsten Jahren hin. Die bürgerlichen Parteien der sog. Mitte sind außerstande, für die vorhandenen Probleme tragfähige Lösungen anzubieten. Sie sind Gefangene ihrer neoliberalen Ideologie. Die rechten Parteien müssen nur abwarten, bis ihnen der Ball zugespielt wird. In Deutschland ist die ultrarechte AfD bei Umfragen auf über 20 Prozent angelangt und somit zweitstärkste Partei, während die Regierungsparteien deutlich schwächer abschneiden. Und die von der CDU/CSU beschworene Brandmauer gegen die AfD? Kaum jemand glaubt, dass die lange Bestand haben wird.

Wie damit umgehen?

Die Partei DIE LINKE bemüht sich zwar wacker um Stabilisierung der vorhandenen Strukturen, wird aber möglicherweise 2025 den Wiedereinzug in den Bundestag verpassen. Blicke nur noch das Bündnis Sahra Wagenknecht, dem schon vor der Gründung der Partei im Januar beachtliche Umfragewerte zugesprochen werden. Was wissen wir bisher über die Vorhaben derer, die sich als „Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)“ in einem Verein zusammengetan haben? Sicher ist die Teilnahme bei der Europawahl im Juni. Ob daneben auch schon eine Beteiligung bei den drei Landtagswahlen im September in den Bun-

desländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg realistisch ist, lassen Wagenknechts Mitstreiterinnen offen. Sie können es sich aber vorstellen. Bei der Aufnahme von Mitgliedern will man vorsichtig sein, da vermutlich politische Glücksritter in den Startlöchern stehen. Wen will die Gruppe ansprechen? Im fünfseitigen Manifest heißt es, viele Menschen hätten „das Vertrauen in den Staat verloren“ und fühlten sich „durch keine der vorhandenen Parteien mehr vertreten“. Die neue Partei solle „diesen Menschen wieder eine Stimme“ geben. Lt. Umfragen könnte diese Partei den Höhenflug der AfD stoppen. Aus dem Manifest ergibt sich, dass nicht die Absicht besteht, eine linke Klassenpartei zu gründen. Es geht eher um ein an die frühere Sozialdemokratie erinnerndes breites Mitte-Unten-Bündnis. Deshalb schließt das Manifest nicht überraschend: „Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der das Gemeinwohl höher steht als egoistische Interessen und in der nicht Trickser und Spieler gewinnen, sondern diejenigen, die sich anstrengen und gute, ehrliche und solide Arbeit leisten.“ Na ja, politische Lyrik, die wenig aussagt. Reißt nicht gerade vom Hocker. Ziel ist auch, eine repräsentative Leerstelle zu füllen, also eine klare Fixierung auf den Parlamentarismus. Davon kann man halten, was man will. Andererseits: Sollte die Wagenknecht Partei bei der Europawahl im Juni ein beachtliches Ergebnis einfahren, könnte das Mut machen in Zeiten der Mutlosigkeit.

Schlechte Zeiten für hohe Ziele

Tatsache ist: Wir leben hierzu-lande (noch) in bewegungsarmen Zeiten. Der Organisationsgrad und das Klassenbewusstsein der Gewerkschaften ist längst nicht so, wie es wünschenswert wäre. Und das in einer Situation, in der die Krisen sich verschärfen und lt. Statistischem Bundesamt 20,9 Prozent der Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Vor 40 Jahren waren gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles Hunderttausende auf den Straßen. Ein nicht unbeachtlicher Teil dieser Friedensbewegten wechselten mit den Grünen die Seite oder resignierten. Deshalb wäre zumindest eine Partei, die in der Friedens- und Rüstungsfrage klare Kante zeigt und die Interessen der abhängig Beschäftigten und der Abgehängten im Parlament stärker vertritt, ein Schritt vorwärts. Manche werden dagegen einwenden, dass das alles nicht reicht und doch nur Illusionen verbreitet werden. Aber was wäre zeitnah die Lösung? Der von SW und anderen gestartete Versuch, die Repräsentationslücke zu füllen, kann misslingen oder im Parlamentsalltag versumpfen. Das ist nicht auszuschließen. Da aber hierzu-lande eine marxistische Klassenpartei mit Breitenwirkung, so notwendig sie wäre, nicht in Sicht ist, kann die BSW Partei vorerst eine Lücke füllen. Diese Einschätzung mag auf Widerspruch stoßen. Das soll sie auch.

Hd
Stand: 3.12.23

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- Euro

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Spaltprodukt BSW – Wohin geht die Reise?



Die linke Hängepartie hat nun ein Ende: Mit Sahara Wagenknecht haben neun weitere Bundestagsabgeordnete der Linken ihren Parteiaustritt erklärt und ihr neues Projekt unter dem Übergangstitel Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) vorgestellt. Die inhaltlichen Eckpunkte formuliert ein sogenanntes Manifest, das auch auf [buendnis-sarah-wagen-knecht.de](#) zu finden ist. Das BSW hatte viele Monate Zeit sich inhaltlich aufzustellen und es ist davon auszugehen, dass dies mit ebensolcher Sorgfalt geschah, wie die Gründung des Vereins als Steuerungsmaßnahme für den eigentlichen Parteiaufbau. Auch wenn die vier Kernthemen des Manifests maximal-fluffig mit „Wirtschaftliche Vernunft“, „Soziale Gerechtigkeit“, „Freiheit“ und „Frieden“ betitelt sind, die jeweiligen Ausführungen deuten dann doch an, wohin die Reise gehen soll. Empfehlenswert sind dazu auch Blicke in die FAQ der Website. Wer Wagenknechts politische Entwicklung durch die Jahre verfolgt hat, dürfte nicht überrascht sein.

Es war einmal ...

Die Rahmenerzählung setzt in der Bundesrepublik am Vorabend der neoliberalen Zurichtungen an, also vor etwa 40 Jahren. Das war übrigens die Zeit, in der Wagenknechts

heutiger Ehegatte Oskar Lafontaine als saarländischer Ministerpräsident der SPD und anschließend als Bundespolitiker große Popularität genoß. Damals, so der rosarote Blick zurück, habe sich der westdeutsche Sozialstaat noch am Gemeinwohl orientiert, Leistung habe sich noch gelohnt, Märkte hätten noch funktioniert und Politik wäre noch nicht von Konzernen gekauft oder beeinflusst gewesen. Letztlich müsse man wieder dorthin zurück, was nicht nur im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sondern auch des sogenannten Mittelstands sei, den das Manifest wie der Bürgerliche Block von CSU bis Grüne als Lokomotive wirtschaftlicher Prosperität feiert. Folglich lesen sich die wirtschaftspolitischen Vorschläge des BSW wie Passagen aus Reden von Lindner, Merz, Scholz oder Habeck: *„Noch hat unser Land eine solide Industrie und einen erfolgreichen, innovativen Mittelstand. Aber die Rahmenbedingungen haben sich ... dramatisch verschlechtert. ... Die deutsche Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands und muss erhalten bleiben. Wir brauchen wieder mehr Zukunftstechnologien made in Germany, mehr hidden champions ... Wir brauchen Zukunftsfonds zur Förderung innovativer heimischer Unternehmen und Start-Ups ... und eine Außenwirtschaftspolitik ... die unsere Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie sicherstellt.“*

**Neue Politik
für Euch!**

Neue soziale Kraft?

Bei soviel nationalem „Wir“ und „unser“ stellt sich die Frage, ob das BSW die Interessen der arbeitenden und armen Bevölkerung tatsächlich besser gegen die des Kapitals vertreten wird als die Linke, schließlich gilt das neben der Friedensfrage ja als DAS Leitmotiv für die Gründung der neuen Partei. Im Manifest und begleitenden Äußerungen werden jedoch keine Anhaltspunkte dafür geliefert: So tritt das BSW wie die Linke für eine stärkere Tarifbindung und leichtere Allgemeinverbindlichkeit ein. Wie die Linke spricht sich das BSW gegen Privatisierungen in den Bereichen der Daseinsvorsorge aus und beim Thema Leiharbeit fällt das BSW mit der Position *„In der Leiharbeit müssen mindestens die gleichen Löhne wie in den Branchen gezahlt werden, in denen die Leiharbeiter eingesetzt werden.“* sogar hinter das von der Linken geforderte Verbot von Leiharbeit zurück. Auch die vorläufigen BSW Ausführungen zur Bildung, zur stärkeren Besteuerung Vermögender oder zu Hartz IV und Grundsicherung lassen keine wesentlichen Unterschiede zwischen Linke und BSW erkennen. Das Image des BSW als neue soziale Kraft fusst also nicht auf ihr eigenen sozialpolitischen Positionen sondern darauf, dass sie Soziales neben Wirtschaft, und Frieden zu ihrem Schwerpunkt erklärt haben und der halt stärker hervortritt, wenn man andere The-

men wie Klimawandel, Geschlechterfragen usw. ausblendet.

Klima retten gut und schön, aber...

Was sich die BSW-Autor:innen zum Thema Klimawandel einfallen haben lassen – oder besser was ihnen nicht eingefallen ist – ist nur noch beschämend. An der Klimapolitik der Ampel kritisieren sie nicht, dass sie weit hinter den Pariser Zielen von 2015 zurückbleibt, sondern dass diese „... Energie schlagartig teurer“ machte und damit „unserem Land der Verlust wichtiger Industrien und hunderttausender gut-bezahlter Arbeitsplätze“ drohe. Deutschland solle anstelle von „Blindel[m] Aktivismus und undurchdachte[n] Maßnahmen“, die „unsere wirtschaftliche Substanz“ gefährden und „das Leben der Menschen“ verteuern sich auf „die Entwicklung innovativer Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft der Zukunft“ konzentrieren. Oder wie sie es in einer FAQAntwort formulieren: „Wir befürworten Vorschläge, die mehr Klimaschutz bringen und gleichzeitig den Wohlstand unseres Landes nicht gefährden. Klimaschutzmaßnahmen, die die Menschen arm machen und den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden, lehnen wir ab.“

An genau diesem Standortnationalismus der Länder des globalen Nordens scheitern bisher alle Klimakonferenzen.

Die Monopole der anderen

Eine wesentliche Ursache für viele Probleme in Deutschland wie marode Infrastruktur, Bildungsmisere, Pflegenotstand u.ä. sieht das BSW in der Entstehung von Monopolen, wobei Kartellbehörden versagt hätten und die Politik sich von Lobbyisten kaufen habe lassen. Deshalb wolle das BSW „Marktmacht begrenzen und marktbeherrschende Konzerne entflechten.“ Und weiter: „Wo Monopole unvermeidlich sind, müssen die Aufgaben gemeinnützigen Anbietern übertragen werden.“ Was damit genau gemeint ist, wird wohl die Zukunft zeigen, sei es bei den ersten Programmdebatten oder einfach in der Praxis, wenn es z.B. darum geht, ob das Berliner Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. enteignen unterstützt wird oder nicht.

Klar erkennbar ist aber bereits, dass der Anti-Monopolismus des BSW stark nationale Züge trägt: „Die deutsche Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands und muss erhalten bleiben.“ Sie solle gestärkt werden anstelle „Milliardensubventionen für Konzerne aus Übersee“ zu leisten. Insbesondere die deutsche Autoindustrie soll im internationalen Wettbewerb nicht durch ein baldiges Verbrennerverbot Schaden nehmen sondern möglichst weiter weltweit die Stärke der deutschen Wirtschaft absichern. Folgerichtig beklagt das Manifest explizit die Marktmacht der US-Giganten Amazon, Apple, Meta, Alphabet, Microsoft und Blackrock (natürlich zurecht), nicht jedoch die von deutschen Großkonzernen wie Siemens, SAP, Bayer oder Allianz. Hält das BSW Konzernmacht nur dann für schädlich, wenn deutsches Kapital nicht mit von der Partie ist?

„Mehr Zusammenarbeit, Souveränität und Frieden“

Die Außenpolitik wird im Manifest zwar hauptsächlich im letzten Abschnitt abgehandelt, ist aber von zentraler Bedeutung für die Abspaltung von der Linken und dürfte die neue Partei mindestens auf Bundesebene erstmal als Koalitionspartner von CDU, SPD, FDP, Grüne ausschließen. Widerspricht das BSW doch – und das halte ich für den zustimmungsfähigsten Teil des Manifests – dem Aufrüstungskurs der NATO, Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der Frontstellung gegen Russland. Damit könnte die neue Partei einem längst überfälligen Widerstand gegen den Aufrüstungskurs von Ampel und Christdemokraten auf die Beine helfen.

Einordnung und Ausblick

Es scheint, dass es sich bei der neuen Partei um ein im Kern sozialdemokratisches Projekt handelt, das eine etwas stärker regulierte Marktwirtschaft mit geringeren sozialen Unterschieden anstrebt. Privatkapitalistische Konkurrenz, Wirtschaftswachstum und Standortpolitik wird befürwortet wobei die Gesellschaft gegen schädliche äußere Faktoren besser abgeschirmt werden soll: Gegen mächtige internationale Konzerne,

gegen die politisch-militärische Dominanz der USA, gegen zuviel Einfluss der EU und gegen zu viele Flüchtlinge aus Kriegs- und Armutsgeländern. Alles in allem eine Mischung an Positionen, die wohl fürs Erste mit „sozialkonservativ“ zutreffend bezeichnet ist.

Wie Andrej Hunko vom BSW jüngst in einem SoZ-Interview sagte, sei man bei dem Parteiprojekt auch inspiriert von der französischen Partei La France insoumise („unbeugsames Frankreich“), die als Nachfolgeorganisation der 2008 neu gegründeten Parti du Gauche („Linkspartei“) heute mit 72 Mandaten in der französischen Nationalversammlung sitzt und mit Jean-Luc Mélenchon eine mindestens so prägende Führungsfigur hat, wie das Bündnis mit Sahra Wagenknecht. Hunko weiter: „Auf dieser Grundlage sucht Mélenchon jetzt Bündnisse mit Kommunisten, Sozialisten oder auch den Grünen. Es erscheint mir auch in Deutschland sinnvoll, zumindest vorübergehend getrennt zu marschieren.“

Nu denn, wir werden sehen, welche Märsche in die gleiche Richtung gehen ...

SB

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den

dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung, 5,- Euro

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Die „Linkskonservativen“ Die Wagenknecht-Partei und die Krise der LINKEN



Kandidat*innen zur Europawahl: v.l. Martin Schirdewan, Carola Rackete, Özlem Alev Demirel-Böhlke und Gerhard Trabert

Lange ging in Deutschland in den vergangenen Monaten zwischen Ankündigung und Dementi ein Parteien-Gespenst um. Am Montag, 23.10. wurde es Fakt: Bei der Bundespressekonferenz stellten sich Sahra Wagenknecht und der Vorstand des Parteigründungsvereins „Bündnis Sahra Wagenknecht – für Vernunft und soziale Gerechtigkeit“ der Öffentlichkeit vor. Erste Vorsitzende ist die ehemalige Fraktions-Co-Chefin der Partei Die Linke, die Juristin Amira Mohamed Ali. Als stellvertretender Vorsitzender fungiert der Ex-Linke Christian Leye. Über die Finanzen wacht als Schatzmeister der mittelständische Startup-Unternehmer Ralph Suika. Geschäftsführer ist Lukas Schön.

Die Bundestagsabgeordneten Amira Mohamed Ali, Christian Leye und Sahra Wagenknecht plus weitere sieben LINKE-Abgeordnete sind am Wochenende davor aus der Linkspartei ausgetreten – unter Mitnahme ihrer Abgeordneten-Mandate. Auch der LINKE-Parlamentarier Klaus Ernst gehört zu den Wagenknecht-Getreuen. Damit büßt der Rest der Partei Die Linke (PDL) im Bundestag den Fraktionsstatus ein und läuft für die restliche Legislaturzeit nur noch unter „Parlamentarische Gruppe“ mit eingeschränkten Aktionsmöglichkeiten, minderen Rechten und finanziellen Einbußen.

Der nachdrücklichen und, man möchte einräumen, berechtigten Forderung der dezimierten Fraktion, die Mandate zurückzugeben, folgten Wagenknecht & Co. nicht. Das sorgte freilich für heftige Verärgerung und böses Blut wohl noch für längere Zeit. Die neuen „Linkskonservativen“ spalten faktisch ihre eigene ehemalige Partei, aus der ohnehin im Osten immer mehr Mitglieder aus den Ortsgruppen austreten. Die strukturelle Krise der parlamentarischen LINKEN im politischen Abseits findet damit einen vorläufigen Höhepunkt.

Es fällt schwer, dies der ansonsten immer sehr korrekt auftretenden und integer wirkenden Politikerin Wagenknecht abzunehmen. Man hätte aus politischer Erwägung und Fairness von ihr eher das Gegenteil erwartet. Es hätte aus Außersicht zum guten Ton gehört, die Mandate zurückzugeben, wie auch immer sich die Abtrünnigen grundgesetzlich im Recht wissen, nur ihrem Gewissen verantwortlich zu sein. Man könnte es auch so sehen, aus Gewissensgründen und Verantwortung der LINKEN nicht noch Schaden zu wollen. Es wäre nach allem bösen Richtungsstreit mit „toxischer“ Wirkung zwischen Wagenknecht und ihrer Ex-Partei eine zum Ende versöhnliche Geste gewesen.

Natürlich wollen die Ausgetretenen ihr Verbleiben im Bundestag

ihrerseits strategisch nutzen als öffentliche Plattform, wenigstens bis zur Bundestagswahl 2025. Das dürfte wohl eher als parteitaktische Absicht dahinter stecken und spräche noch mehr für die Mandatsrückgabe. Wagenknecht ist unstrittiges Aushängeschild und Projektionsfigur auch in einer künftigen neuen Partei. Wenn auch nicht Basis-Motor, denn das Organisieren liegt ihr selbstredend nicht so. Das müssen andere Getreue besorgen. Ihrem Sammlungsprojekt „Aufstehen“ 2018 war mangels Erfahrung mit Massenmobilisierung keine lange Dauer beschieden und es verlief sich bald im Sande. Daraus wird man zu lernen haben.

Dass es historisch eine Chance und Leerstelle für eine neue Partei in der gegenwärtigen Politik des großen Versagens in Klima-, Migrations- und Kriegsdingen gibt, ist kaum von der Hand zu weisen. Doch wer könnte es wie besser machen? Die Bürger:in-Wut landauf landab, an der das BSW-Projekt Fahrt aufnimmt und in Konkurrenz zur AfD andocken will und der verbreitete Ärger über die Zumutungen der zerstrittenen Ampel-Regierungspolitik mit schwelender Uneinigkeit, vom Gebäude-Energiegesetz bis zur Kindergrundsicherung, ist nicht gering. Bisher profitieren davon nur die konservative Union und weiter rechtsaußen die pro rechtsnationale und teils rechtsextreme AfD. Nach jüngstem ZDF-Politbarometer (10.11.) kommen SPD und Grüne zusammen nur noch auf 31 Prozent, während die Union allein 30 Prozent auf sich vereint und die AfD an zweiter Stelle 21 Prozent für sich verbucht. D. h. gut die Hälfte der Republik würde derzeit im Bund Mitte-Rechts wählen. Eine Mehrheit für die Ampel wäre mit nur 36 Prozent dahin.

Wie eine Wagenknecht-Partei 2025 abschneiden würde, steht noch völlig in den Sternen. Ebenfalls laut neuestem ZDF-Politbarometer würden 13 Prozent der Befragten

sicher bis wahrscheinlich eine Wagenknecht-Partei wählen. 79 Prozent dagegen nicht. Dabei stehen Parteianhänger:innen der LINKEN mit 30 Prozent vorne, gefolgt von AfD (21 %), Freien Wählern (16 %), FDP (15 %) und SPD (13 %). Am wenigsten Zulauf gäbe es von Union (7 %) und Grünen (4 %). Im Wettbewerb mit der LINKEN könnten beide vielleicht jeweils auf 2 bis 3 Prozent kommen, damit wäre niemand geholfen. Links und Linkskonservativ gehen schweren Zeiten entgegen. Obwohl gerade viele LINKE-Genoss:innen Kärnerarbeit leisten an der Basis und auf der Straße. Was man von Wagenknecht nicht gerade sagen kann, dass sie einen besonderen Draht etwa zur Betriebsbasis und zu gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen hätte. Das ist auch nicht unbedingt das ausgesuchte Betätigungsfeld einer Linkskonservativen, die sich für die Industrie und den gesunden Euro stark macht.

Wenn es weder die eine noch andere Gruppierung in den nächsten Bundestag schafft, ist die öffentliche Bühne im Bund futsch. Nun hängt natürlich aus linker Perspektive nicht alles politische Wohl und Wehe von der Teilhabe am Parlamentarismus ab. Aber sowohl die PDL als auch die Wagenknechtler:innen konzipieren sich nicht als soziale APO-Bewegungen. Wagenknecht strebt mit der neuen Partei Regierung bzw. Regierungsbeteiligung an, wie sie im Interview mit dem Journalisten Markus Feldenkirchen betonte, der sie über das vergangene halbe Jahr für ein ARD-Porträt begleitete, das am 12.11. gesendet wurde. In vielen ihrer Aussagen wirkte sie dabei eher ungewohnt unsicher und unklar. Man merkt ihr den Respekt vor der selbst gesteckten Mammutaufgabe an, die Republik linkskonservativ aufzumischen. Doch wer von den Parteien der roten und grünen Mitte würde mit ihr koalieren wollen? Die SPD wird von Wagenknecht ständig fundamentalkritisiert und die Grünen sind für sie eine „gefährliche“ Partei.

Wie sich bisher das knapp vorgestellte BSW-Profil inhaltlich ausnimmt anhand der vier bisher projizierten Themen-Bereiche wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit, ähnelt das eher noch einem Kessel Buntes. Viel freie,

sozial gerechte Marktwirtschaft, Stärkung des Industrie- und Produktionsstandortes Deutschland, Leistungsgedanke, Wohlstand für alle jetzt, Entspannung und Abrüstung a la Willy Brandt und Michail Gorbatschow, Migrationsabwehr und Asylbegrenzung – im Grunde ist das alles plakativ und deshalb noch wenig analysetauglich und kommentierfähig, auch zum Teil wenig kompatibel. Es deuten sich allenfalls Richtungen und Schwerpunkte, aber auch Widersprüche an.

Das Gründungsmanifest ist eine Winke-Plattform und ein Werbetext, unzufriedene Menschen anzusprechen und Spender:innen zu gewinnen. Im Grunde Ausfluss von Textbausteinen aus Wagenknecht-Büchern wie „Freiheit statt Kapitalismus“ (2012) und „Die Selbstgerechten“ (2021). In ersterem bricht sie eine Lanze für den gescheiterten Sozialmarktwirtschaftler Ludwig

Bündnis **Sahra** Wagenknecht

Erhard. Mit dessen ideologischem Programm stellt Wagenknecht ihr „Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ vor und teilt gleichzeitig kräftig aus gegen „Lifestyle-Linke“ und „Linkliberalismus“, die den Bezug zur Realität eingebüßt hätten. Papier ist jedoch geduldig. Das Wirtschaftliche ist immerhin das Leib- und Magenthema der promovierten Ökonomin Sahra Wagenknecht. So dürfte die neue Partei darauf ein Hauptaugenmerk legen und müsste es auch. Da geht es um die existenziellen Sorgen und sozialen Nöte vieler Millionen Menschen, die aufgegriffen und thematisiert werden sollen, so die erklärte Absicht.

Es ist im Vereinsgründungs-Manifest viel von Stärkung der Industrie die Rede, von Stützung des Mittelstands bei erforderlicher Absicherung der ärmeren und unteren Schichten. Das sind schon Bezüge, die sich beißen und sich als systemisch inkompatibel erweisen könnten. Im Grunde handelt es sich dabei quasi um geläuterte sozialdemokratische Programmatik, zu der man in Konkurrenz rückt. Die Scholz- und Klingbeil-Par-

tei ihrerseits zeigt sich aufnahmewillig für LINKE-Renegaten.

Was eine „linke“ Partei und „links“ ist, gab der 2022 ausgetretene LINKE-Kritiker Oskar Lafontaine gegenüber der NDR-Filmemacherin Birgit Wårnke im Interview zu Protokoll: Lafontaine nach braucht es eine neue Partei in der Bundesrepublik, die „links“ sei, wenn sie sich der sozialen Belange und denen von Frieden und Abrüstung verschreibe und ihrer annehme. Im Fall der Partei seiner Ehefrau, Sahra Wagenknecht, freilich konservativ links.

Auf die Abtrünnige angesprochen, fehlen der LINKE-Co-Vorsitzenden Janine Wissler mittlerweile offenbar die Worte. Wagenknechts Parteigründung hält sie schlicht für eine „Schnapsidee“.

Die Linkspartei steckt in einer tiefen Identitäts- und Existenzkrise, für die Wagenknecht bei weitem nicht allein verantwortlich zu machen ist. Der gerade beendete Parteitag von 440 Delegierten in Augsburg beschwor, pfeifend im Walde, Einigkeit, Zusammenhalt und Aufbruchszuversicht. Man will

2024 zunächst erneut den Sprung ins Europa-Parlament schaffen. Dann kommen die dicken Brocken der drei Ost-Landeswahlen. Dort bröckelt die LINKE mächtig und es steht in Erfurt eine LINKE-geführte Regierung auf dem Spiel. Da könnte eine antretende Wagenknecht-Partei einiges durcheinanderwirbeln, zumal die Umfrage FDP und Grüne mit je 4 Prozent nicht mehr im Landtag vertreten sieht. Da dürfte einigen die Stunde der Wahrheit schlagen. Mit auf Anhieb 10 und mehr Prozent für Wagenknecht wäre aufgrund ihrer Ost-Beliebtheit durchaus zu rechnen.

Wie hält es das BSW mit rechts?

Das ist wohl die derzeit wichtigste Frage. Noch um Weihnachten 2022 rief ihr der Thüringer AfD-Chef, Björn Höcke zu: „Frau Wagenknecht, kommen Sie zu uns!“ Wagenknechts Bekenntnis ist zunächst klar: mit der AfD und deren Politik wolle sie nichts zu tun haben. Das darf man ihr auch getrost so abnehmen und man sollte zunächst nichts anderes hineininterpretieren in ihre Äuße-

nung, potenziellen AfD-Wähler:innen ein „seriöses Angebot“ zu machen. Wohlgermerkt nicht der AfD. Daran, AfD-Einfluss zurückzudrängen, ist nichts Verwerfliches. Doch wie sähe dieses „Angebot“ konkret vor dem Hintergrund ihrer eigenen Positionen zur Vorbeuge, sprich Abwehr, von Migrations-Ansturm und wieder stark zunehmendem Asyl-Begehren aus? Als gegen die AfD gerichtet positionierte sich auch die Vereinsvorsitzende Mohamed Ali. Auf die Frage, ob Politiker, die aktuell bei der AfD sind, eine Möglichkeit wären, das nötige Personal zu gewinnen, sagte die Linke im Sender Welt: „Nein, um Gottes Willen, also das ist unvorstellbar, ein Wechsel von der AfD jetzt in unsere Partei, das wird es nicht geben, das werden wir auch nicht erlauben.“ Nun denn. Erklärtermaßen wolle man sehr genau hinschauen, wer von woher kommend in der neuen Partei Aufnahme begehrt. An Karrieristen, allerlei Trittbrettfahrern und sonstigen „Entristen“ sei man nicht interessiert. Aufwuchs soll es, wenn, dann nur im langsamen Vorwärtsgang geben.

Im BSW-Text heißt es an einer Stelle: „rechtsextremistische, rassistische, gewaltbereite Ideologien jeder Art“ lehne man ab. Breite Zustimmung dürfte auch noch Wagenknechts Aussage gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung finden, „es gibt Grenzen, jenseits derer unser Land überfordert wird und Integration nicht mehr funktioniert.“ Wenn Gemeinden gegen überproportionale Migrantenansiedlung Sturm laufen, weil sie „Überfremdung“ befürchten und mit Klagen nicht zum Zug kommen, verlagert sich der Unmut auf die Straße, was Anti- und Übergriffstimmung nur noch schürt.

Fakt ist: neben überforderter Politik am Ende einer langen Ereignis- und Entwicklungskette von Migration, von Gewalt erzwungener oder aus „freien Stücken“, ist der deutsche Behörden- und Ordnungsapparat offensichtlich vor dem Hintergrund komplexer Gesetzes-Gemengelage dem „unkontrollierten“ Fremden-Einlass kaum gewachsen. Vieles bleibt liegen. Penibele, langsam arbeitende Bürokratie treibt Blüten. Auf der Strecke bleiben die Menschen, die zu uns kommen. Das ist die beständige Glut, aus der sich Fremdenhass und -feindlichkeit

nähren und entfachen, die sich politisch in einem Rechtsschwenk der Bevölkerung manifestieren und für Stimmungsmache, wie von der AfD betrieben, empfänglich werden lässt. Will eine Wagenknecht-Partei da in irgendeiner Form „mithalten“ und sich, „linkskonservativ“ drapiert, mit rechter Law-and-Order-Politik gemein machen? Von Wagenknechts Seite heißt es auch, Deutschland dürfe nicht aus falsch verstandener Toleranz zulassen, „dass in unserem Land religiöse Hasslehren verbreitet werden oder unser Sozialstaat ausgenutzt wird.“ Da fängt es nun bei solch antisolidarischer Sprachregelung an, einen populistisch zu vernebeln und unbehaglich zu werden.

Jeder Mensch hat das Recht und die Freiheit, aufzubrechen, wohin er oder sie will. Das bedeutet nicht automatisch das Recht, anderen dabei irgendwie finanziell auf der Tasche zu liegen. Wer aber arbeiten will, darf es während langer Prüfverfahren und schier endloser Bearbeitungszeiten nicht. Aber das ist gar nicht der inkriminierende Punkt. 2015, als CDU-Kanzlerin Merkel das alles noch schaffen wollte, kamen an die 800.000 Menschen über Südeuropas Fluchtrouten nach Deutschland. Aktuell sind es „gerade mal“ um die 200 bis 300.000. Weltweit sind nach neuen Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR geschätzt über 110 Millionen Menschen auf der Flucht, davon ein beachtlicher Teil innerhalb des Landes, die gar nicht emigrieren wollen. Bis vor einigen Jahren waren es noch um die 87 Millionen. Das ist überwiegend ein politisch-strukturelles (Krieg und Konflikt, Menschenentrechtung, Unterdrückung) und wirtschaftliches Problem (Ausbeutung, keine Arbeit, keine Ausbildung und Existenzperspektive etc.). Dazu kommt immer mehr der klimakollabierende Effekt. Wir haben eindeutig Klima- und Wirtschaftsmigration! Das ist nicht irgendwie wegzudefinieren oder gar als „unzulässig“ zu negieren, womit man nichts zu tun habe. Der globale „Norden“ verursacht vieles davon, was Menschen im globalen „Süden“ vertreibt. Es gibt nicht nur ein politisches Asylbegehren oder, genauer gesagt, man muss die Asylgründe um diese Dimensionen erweitern. Das gilt es in den Blick zu nehmen.

Es ist eine Binsenwahrheit, dass neoliberales Wirtschaften breite Armut erzeugt. Wie stellt sich da ein Wagenknecht-Projekt zum Thema Wirtschaftswachstum, grün-wasserstoffbasiert oder wie auch immer „nachhaltig“? Wie zur Frage von globaler Entwicklungszusammenarbeit, zur Erfordernis geregelter, sicherer Ein- und Zuwanderung aus nackten Existenzgründen? Wie zur Beseitigung von Fluchtursachen statt Menschen-Abschiebung und Push-backs ohne „Bleibeperspektive“? Wie steht es um das Konstrukt „sichere Aufnahmeländer“? FDP-Lindners Haushaltsentwurf für 2024 sieht keine Gelder mehr vor für zivile Seenotrettung von Bootsflüchtlingen, aber Millionen- bis Milliardenbeträge steckt man in Kriegsunterstützung und Waffen für die Ukraine.

Noch zur anderen wichtigen Frage nach Frieden und Sicherheit in der Welt. Gewiss, BSW ist nicht linksprogressiv wie die Partei DIE LINKE, die es aber nie bis zu einer wirklich sozialistischen schaffte. Letzten Endes spielt es aber nur eine untergeordnete Rolle, unter welchem Label man tritt. Solange man Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Menschenrecht auf menschenwürdige Arbeit, Gesundheit, Bildung und Muße sowie Frieden im Fokus hat.

Was hätte eine neue Wagenknecht-Partei mit ihrer Friedenspolitik zu bedenken? Entschieden wäre der Tendenz entgegenzutreten, wie sie sich im Aufrüstungs- und Kriegskurs von SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz ausdrückt. Wie sie auch durchscheint in der wiederholt vorgetragenen Forderung des SPD-Verteidigungsministers Boris Pistorius, Deutschlands „Kriegsfähigkeit“ her- und die Bevölkerung auf Krieg einzustellen. Scholz kündigt bis zum kommenden Jahr das Erreichen des Nato-Zieles von 2014 an, mindestens zwei Prozent des BIP für nationale Rüstung bereitzustellen und zusammen mit 10 Milliarden aus dem Bundeswehr-Schuldenvermögen den Militäretat auf 61,8 Milliarden Euro anzuheben. Es gäbe „weltpolitisch“ für den Frieden genug im eigenen Land zu tun und zu verhindern für eine Wagenknecht-Partei, aber auch die LINKE insgesamt.

Der Globale Süden – die globale Wende?

Das Thema ist weit gespannt, die Fragen daran sind vielfältig, erst recht die Antworten darauf. Aber der Globale Süden ist zum Faktor geworden, dessen Bedeutung für die Entwicklung der Welt noch nicht wirklich abgesteckt werden kann.

Gründe dafür gibt es genug, dass diese Gruppe von Ländern, die in Wahrheit die große und immer größer werdende Mehrheit der Weltbevölkerung umfasst, in das Zentrum des Interesses gerückt ist.

Die Schwäche der unipolaren Weltordnung

Die offenkundigen Veränderungen der Welt sollen in diesem Zusammenhang einige – austauschbare, ersetzbare – Stichwörter skizzieren:

- ▶ die nachlassenden Fähigkeiten des Westens, die inneren Verhältnisse von bisher abhängigen Staaten zu bestimmen (siehe Afghanistan, Irak, Westafrika, Mittel- und Südamerika)
- ▶ das Entstehen eines weiteren Machtzentrums, China, das sich in seinen Zielen und Methoden vom Westen unterscheidet und deshalb konkrete Spielräume für Länder des Globalen Südens eröffnet
- ▶ ungelöste Menschheitsfragen (Klima, Hochrüstung, Ungleichheit der Lebenschancen) spitzen sich weiter, und zwar in existenzbedrohender Weise, zu
- ▶ das „Krisenmanagement“, das bislang im Westen weitgehend monopolisiert war und ist, führt weder zu tragfähigen Lösungsansätzen noch zu Hoffnung gebenden Perspektiven für die betroffenen Länder

Neue Akteure treten ergänzend zu den westlich initiierten Bündnissen hinzu, stellen eigene Forderungen, etwa nach dem Abzug europäischer Truppen aus afrikanischen Ländern, und lassen sich nicht mehr so leicht isolieren wie in der Vergangenheit und damit einem fremden Herrschaftsbereich unterwerfen. Der Westen reagiert zunehmend hektisch, uneinheitlich und wechselhaft. Volatile innere Verhältnisse, die sich in politischen Kurswechseln neuer Regie-

rungen niederschlagen, tragen nicht zu Stabilität und Verlässlichkeit bei.

Der Globale Süden – was versteht man darunter?

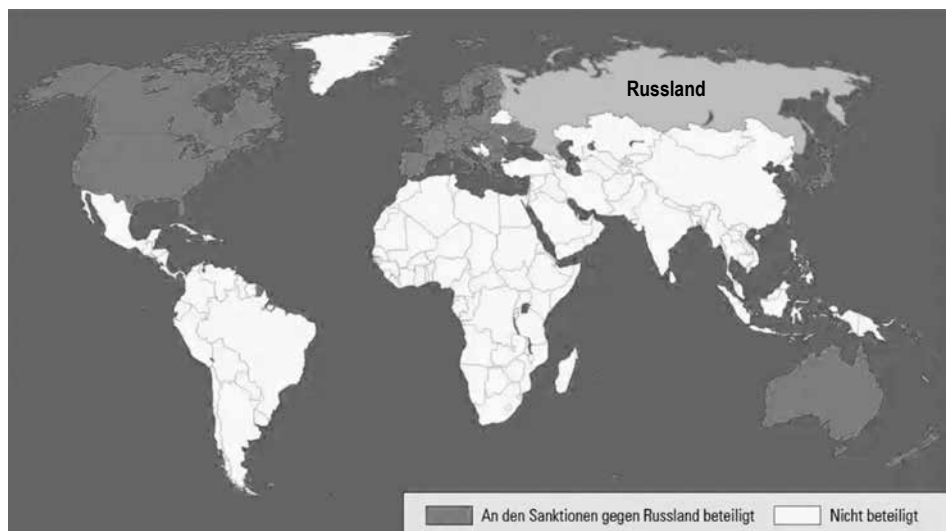
Staaten nach der Vergleichbarkeit ihrer Lage, ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu bündeln, ist keine neue Erscheinung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden als größte und umfassendste Vereinigung die Vereinten Nationen gegründet, der weltumspannende Zusammenschluss der unabhängigen Staaten. Regionale Verbände gibt es auf allen Kontinenten. Nach dem Untergang der sozialistischen Bündnissysteme und der damit einhergehenden Bedeutungslosigkeit der Blockfreien-Bewegung verblieben zwei zentrale Zusammenschlüsse, NATO und EU, deren Handlungsräume inzwischen weit über ihre ursprünglichen Ziele in Westeuropa und Nordamerika hinausreichen.

Staaten anderer Kontinente erleben

ist deren Ohnmacht angesichts der Klimaveränderung und den mangelhaften Möglichkeiten, selbst die Negativfolgen zu dämpfen. Der Ausstoß von Kohlendioxid ist zu über 80% von den G20-Ländern verursacht, die negativen Folgen tragen in dramatischer Weise vor allem die Südländer.

Der „Globale Süden“ wiederum ist ein politisches Konstrukt, der Begriff „stellt eine Alternative dar, die ebenso umstrittene Bezeichnungen wie Entwicklungsland und Schwellenland ersetzen kann“ (Der Globale Süden. Friedrich-Ebert-Stiftung).

Er meint aber analog zu den angestaubten und inkriminierten Begriffen keine Staatengemeinschaft, die sich hier zur Verfolgung eigener Ziele und Zwecke zusammengeschlossen und entsprechende Strukturen gegeben hat. Der Globale Süden ist nach wie vor eine Kategorie, die von außen auferlegt wird. Die Kriterien sind wie eh und je, seit den Zeiten der 3. Welt und der Entwicklungsländer, gleichgeblieben. Die Ebert-Stiftung listet



Sanktionen gegen Russland: Wie der Globale Süden „ausschert“, Grafik: telepolis.de

eine zunehmende Dominanz dieser westlichen Blöcke, die die Lebensbedingungen weltweit bestimmen. Die Bedrohung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Selbstbestimmung führt den Ländern des Globalen Südens schonungslos die Notwendigkeit vor Augen, sich nicht mehr mit einem strukturell ungleichen Handel und ansonsten lauen Versprechungen abspesen zu lassen. Deutlich

brav „Wohlstand, Technologiestandard, Produktivität, Bildungsniveau, politische Freiheit“ auf, welche die eine Staaten-Gruppe von der anderen trennen soll. Damit der Globale Süden weiß, was Entwicklung ausmacht und wie wenig z.B. ein positiver Beitrag zum Weltklima, Biodiversität oder der Erhalt von Waldsystemen zählt.

Die OECD hat 2017 eine Liste von über 140 Staaten auf fünf Kontinenten

erstellt, die dieser Gruppe zugeschlagen wurden. Während etwa sechs Balkanländer darauf vermerkt sind, die in absehbarer Zeit in die Europäische Union aufgenommen werden sollen, gehört Russland nicht dazu. Die Ukraine sehr wohl. Die Arabische Halbinsel ist, bis auf den Jemen, draußen. Manche noch existierenden Kolonialinseln sind dabei, andere nicht. Die Palästinensischen Gebiete ja, die Westsahara nein. Eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebensbedingungen und -chancen auf der Erde müsste anders aussehen, sonst bleibt die Liste, was sie aktuell ist: eine Hungerleiderliste.

Das Problem des Globalen Südens: seine Einflusslosigkeit

Gemeinsam ist den Ländern des „Globalen Südens“, dass sie – abgesehen von der UNO oder als Anwesende (und Bittsteller) auf internationalen Konferenzen (z.B. der Serie der Klimakonferenzen) – keine durchsetzungsfähigen Institutionen besitzen, um Druck auf das Handeln der westlichen Industrieländer auszuüben. Die marktkonforme Kreditwürdigkeit

die wirtschaftliche, politische und soziale Ungleichheit als das wesentliche Hemmnis einer eigenständigen Entwicklung. Die beständige Einmischung in die eigenen Angelegenheiten ist letztlich eine permanente Demütigung.

Es gibt keine Rohstoffkartelle, keine Agrar- oder Umweltverbände der Süd-Länder, mit deren Hilfe sie ihre Interessen adäquat ausdrücken und durchsetzen könnten. Und doch: zumindest die Terminologie beginnt sich zu verändern. Die, gerade in Deutschland, vielfach beschworene „Augenhöhe“, auf der man den südlichen „Partnern“ begegnen wolle, wird hier so gerne hervorgehoben, weil sie als ein neues Werbeargument für anstehende vertragliche Übereinkünfte dient. Wenn das immer noch nicht überzeugt, wird der neue Deal mit der Rückgabe von Beutekunst aus der Kolonialzeit garniert. Davon hat der Westen schließlich mehr als genug.

Um die Unterschiede zwischen den Bedürfnissen des Globalen Südens und den aktuellen Entwicklungskonzepten des Westens ganz deutlich herauszustellen, sei Patrick Kaczmarczyk zitiert, Entwicklungs-

gen kann.“ Ausgehend davon, dass die Grundvoraussetzungen für eine Langfristperspektive fehlen, urteilt er über die modernisierten Entwicklungsstrategien im Westen: „Neben den üblichen Argumenten um ‚Korruption‘ und ‚mehr Geld‘ ist derzeit die Ansicht populär, dass sich durch den Bedarf an erneuerbaren Energien im Globalen Norden ‚neue Chancen‘ für den Globalen Süden ergeben würden. Für einige Länder mag das auch durchaus zutreffen. Allerdings erliegt ein solcher Diskurs oft der Wunschvorstellung, man werde mit westlichen Unternehmen und westlicher Technologie vor Ort die Erneuerbaren produzieren und von Deutschland aus weiter Hightech-Produkte in die Welt exportieren. Strukturell soll sich folglich nichts ändern: Diversifizierung und wirtschaftliche Souveränität im Globalen Süden? Fehlanzeige!“ Deshalb ist seine Schlussfolgerung zwingend. „Aus der Abhängigkeit von fossilen wird eine Abhängigkeit von grünen Energieträgern, während wir weiterhin unser Exportmodell befeuern. Wirtschaftliche Macht und Kontrolle bleiben dadurch im Globalen Norden, denn dass Entwicklungs- und Schwellenländer eines Tages auf eigenen Beinen stehen und international ihre Interessen mit Gewicht vertreten könnten, damit kann sich der Globale Norden nicht anfreunden.“ (in: Wie ein kaputtes System den Globalen Süden in Armut und Abhängigkeit hält. Jacobin Magazin, 14.02.2023)

Ob sich die westliche Politik unter diesen Systembedingungen tatsächlich wandelt, wird hier nicht weiter untersucht – es ist auch nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass der Globale Süden inzwischen Finanzierungs- und Entwicklungsalternativen besitzt.

Der Globale Süden als Akteur in einer multipolaren Zukunft

Die Vorstellung, dass ein altruistisches Rettersystem die Wirtschaftsentwicklung im Süden wie durch Zauberhand verbessert, scheidet freilich an der Realität. Es geht also nicht um die seligmachende Alternative, die alle Probleme beseitigt. Manche linken Anhänger der Multipolarität – als Gegenpart zur Welt dominanz der USA und ihres Gefolges – sind ins Schwärmen geraten angesichts einer Idee und Strategie, die Kontinente und vor allem Länder des Globalen Südens verbinden soll: die Verknüpfung in Anlehnung an die alte Seidenstraße



Neue Seidenstraße: Ein Güterzug, der in Tangshan, China, gestartet ist, kommt im Hafen von Antwerpen an.

wird von westlichen Rating-Agenturen bestimmt, Kredite werden von der Weltbank, die weit überwiegend unter westlichem Einfluss steht, bewilligt oder auch nicht. Zahlungsausfälle ziehen regelmäßig tiefe Eingriffe in die soziale Balance souveräner, wenn auch armer Länder nach sich.

Doch wird nicht mehr alles einfach hingegenommen. Der Globale Süden erkennt in zunehmendem Maße

ökonom und Berater für die Vereinten Nationen zur Finanzmarktstabilität im Globalen Süden: „Die Finanzmarktbedingungen in den letzten Jahrzehnten gleichen überall im Globalen Süden einer Achterbahnfahrt. Will man allerdings eine Volkswirtschaft entwickeln, so sind Kreditaufnahmen und Investitionen die Grundvoraussetzung dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Produktivität und damit der materielle Lebensstandard stei-

zu Lande und auch über das Meer. Die chinesische Alternative bedeutet nicht die Rückkehr und die Durchsetzung des Sozialismus, diesmal mit den Staaten des Südens als Hauptakteure. Wenn sich dafür, sehr langfristig gedacht, Chancen eröffnen sollten, hat dies mit der gegenwärtigen Strategie der Volksrepublik wenig zu tun. Trotz alledem besitzt die Rolle Chinas in der Gegenwart eine welthistorische Bedeutung, auch für den Globalen Süden.

Es ist so viel gesagt worden über die One Belt, One Road-Initiative der chinesischen Regierung, was hier nicht referierend wiederholt werden kann und soll.

Tatsache ist, dass China in den letzten zehn Jahren immer der wichtigste Handelspartner Afrikas in seiner Gesamtheit war. Die jährlichen Zuwachsraten liegen über den chinesischen und afrikanischen Wachstumszahlen für den Gesamthandel, das Interesse beider Seiten ist kontinuierlich vorhanden und wächst immer noch. 2022 beträgt das Volumen zwischen beiden Blöcken etwa 20%, bezogen auf den gesamten afrikanischen Außenhandel. Noch werden häufig industriell gefertigte Güter ein- und Rohstoffe ausgeführt, also „klassische“ Rollenmuster entwickelter und weniger entwickelter Länder erfüllt. Aber chinesische Investitionen fließen kontinuierlicher als westliche, die Regierungskonjunktoren ausgeliefert sind und vielfach eher willkürlich angewendeten Kriterien unterliegen. Und die Projekte sind eher auf supranationale Zusammenführung, z.B. bei Verkehrswegen, und komplexere Vorhaben angelegt, die erkennbare und vermittelbare Entwicklungsschritte für die Menschen bedeuten. Gewinn will die VR China mit Sicherheit machen, aber sie will die Staaten des Globalen Südens nicht wie der Westen erziehen, kujonieren und fallen lassen, wenn sich der politische Wind dreht.

Eine Außenministerin, deren erste Großtat nach einem Militärputsch ist, Sanktionen gegen ein bitterarmes Land zu fordern und den alten Herrscher wieder eingesetzt zu wissen, ohne die Lage verstanden zu haben, handelt nicht nach den Regeln der chinesischen Politik. Dazu braucht es schon eine Deutsche.

Die Beziehungen zwischen China und den afrikanischen Ländern wer-

den regelmäßig und seit langer Zeit gepflegt, und zwar mit (so gut wie) allen. Man tritt nicht nur bei Bedarf wie der Westen an ausgewählte, strategisch oder ökonomisch interessante Staaten heran, um dann Finanzierungsvorhaben und Versprechungen in die Zukunft hinein zu machen. Was bisher umgesetzt wurde, sei es von EU-Seite, von Deutschland und Frankreich, oder von den USA, ist beschämend wenig. Der Internationale Währungsfonds funktioniert immer noch nach den Regeln des Westens mit einem Vetorecht der USA (Sperrminorität). Werden Kreditforderungen nicht bedient, führen die „Sanierungsforderungen“ regelmäßig zur Verarmung weiter Bevölkerungsschichten, weil öffentliche Infrastruktur und häufig dünne Sozialfürsorgesysteme zusammengestrichen und ausgeblutet werden.

Die Teilnahme an Projekten im Rahmen der Seidenstraße-Initiative ist bei den Partnerländern verknüpft mit der Erwartung, dass Entwicklung nicht nur als „Leuchtturm“-Maßnahme angeschoben, sondern auf eine wesentlich breitere und vor allem langfristig wirksame Grundlage gestellt wird. Die Zwischenbilanz nach zehn Jahren zeigt, dass seither die Mehrheit der Staaten der Erde (147) Abkommen mit der VR China geschlossen hat, die bilaterale Vereinbarungen über z.B. Verkehrsinfrastruktur, Industriezonen, die Förderung von Handel und Investitionen und/oder finanzielle Zusammenarbeit beinhalten. (Angaben nach *Germany Trade & Invest*, Stand: 17.03.2022) Gerade Länder des Globalen Südens in Asien, Afrika und Lateinamerika haben sich der Initiative angeschlossen (große Ausnahme Indien), um Investitionen in ihre Länder zu lenken und Folgeinvestitionen zu generieren. Seit Gründung der Initiative seien ca. 1.000 Milliarden US-Dollar in die Projekte geflossen, zum Teil investiert vom Staatsfonds China Investment Corporation und der „Hausbank“ der Seidenstraße, der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Damit ist bei Abschluss die Finanzierung sichergestellt, im Gegensatz zum Westen, der Milliardensummen über undurchschaubare Projekt- und Fondsaufgaben verspricht und in der Praxis auf wackelige Regierungszusagen zurückgreifen muss oder seine Projekte kleinlaut wieder einsammelt.

Diese Entwicklungsmöglichkeiten für die Mehrheit der Weltbevölkerung gab es noch nie. Und diese Initiative trägt vor allem ein prominenter Staat, der weiterhin Teil des Globalen Südens ist.

Selbstverständlich verfolgt China auch eigene, breit gestreute Interessen damit, es verschweigt dies mit seiner permanenten Betonung des beiderseitigen Vorteils keineswegs. Aber diese Interessen bestehen nicht darin, ganze Kontinente zum Vorfeld der Flüchtlingsabwehr zu deklarieren, sich Militärstützpunkte als Dank für geleistete Hilfen zu sichern und die Führungseliten dieser Länder einzukaufen. So muss man den Globalen Süden wahrlich nicht dazu zwingen, vorwiegend chinesische Gelder anzunehmen.

Die BRICS+ - Staaten: der Westen lernt Respekt

Der Zusammenschluss der BRICS-Staaten ist kein Organ des Globalen Südens, wenn man diesen pauschalisierenden Begriff verwenden will. Und das liegt nicht daran, dass einige Mitglieder (Russland, künftig Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate) nicht dem Süden zugerechnet werden. Es geht bei diesem vergleichsweise lockeren Bündnis um Interessen, die sich mit denen kleinerer, rohstoffärmerer, fragilerer Süd-Staaten nicht decken können. Der mögliche Nutzen für diese sehr generalisierend beschriebene Gruppe innerhalb des Globalen Südens ist ein Beiprodukt, das entstehen kann, aber nicht muss.

Anlässlich des 15. Gipfeltreffens der Mitglieder seit 2009, dieses Jahr in Südafrika, haben sich die westlichen Medien des Themas angenommen. Im Mittelpunkt standen solch entscheidenden Fragen, ob Putin kommt oder vielleicht sogar verhaftet wird? Er kam dann per Video. Oder ob und wer denn zu diesem Klub dazukommt. Im Vorfeld waren Saudi-Arabien, Iran, die VAE, Ägypten, Äthiopien und Argentinien festgelegt worden und so wurde es auch beschlossen. Und wer tritt noch bei? Man wird sehen. Eine Spielwiese für Spekulationen über Spekulationen und viele, viele daraus resultierende Berichte und Artikel. Schlauer wurde man dadurch nicht.

Was kann faktisch gesagt werden? Die Gruppe, die anstrebt, durch ge-

meinsame Initiativen die eigene Entwicklung voranzutreiben, hat sich keine konkreten Ziele (mit einigen Ausnahmen) gesteckt und vor allem keine Termine für deren Umsetzung festgelegt. So sind sich die Mitglieder einig, dass die Vertretung des Globalen Südens im Weltsicherheitsrat der UNO angemessen sein und verstetigt werden muss. Der Globale Süden muss adäquate Einflussmöglichkeiten auf IWF und Weltbank erhalten. Diese Reformen, (von denen der Westen wenig hält), werden auch vom Gene-

reicht die Bandbreite vom Hirngespinnst (das kann nicht funktionieren!) über die mangelnde Akzeptanz und damit die Verhinderung von Handel (das macht die arme Weltwirtschaft kaputt!) bis zum perfiden Plan – natürlich – der Chinesen, die angeblich gerne ein eigenes Weltwirtschaftssystem ganz ohne den Dollar hätten. Die De-Dollarisierung ist, auch in der Linken, ein neues Thema, wozu es so viele Meinungen wie Diskutanten gibt. An dieser Stelle soll keine neue Variante hinzugefügt werden, um die

und einer friedlichen, den Weltproblemen zugewandten Entwicklung steht unter diesem Verdikt: kommt dieser Krieg oder kommt er nicht?

Das Fazit: so könnte man auf die Perspektive des Globalen Südens sehen

Der Globale Süden ist, zur Freude der Profiteure oder zum großen Kummer der emanzipativen Kräfte, kein einheitlicher Verbund. Und er wird es auch nicht werden. Die Länder dieser Kategorie könnten aber die (Investitions-)Möglichkeiten, die jetzt neu entstanden sind, für eigene Entwicklungssprünge nutzen. Besser noch, wenn regionale Zusammenschlüsse entstehen, die, anders als ihre Vorgänger, die Einflüsse der ehemaligen Kolonisten und ihrer westlichen Kumpane bewusst draußen halten und mittels Zusammenarbeit mit und Hilfe großer Partner des Globalen Südens die Gängelung und Bevormundung abbauen. Eine Anbindung einer regionalen Währungseinheit an eine europäische Zentralbank mit ihren europäischen Präferenzen oder die Anbindung der nationalen Währung an den US-Dollar oder den Euro ist in der Perspektive obsolet und hindert eigene Entwicklung.

Die Währungs- und, davon abgeleitet, die Kreditierungsfrage wird eine zentrale sein. Sie ist aber so groß, dass letztlich keine einzelstaatlichen Lösungen greifen werden, will man nicht auf das Weltgeld US-Dollar zurückfallen.

Die zwischenstaatlichen Probleme werden nicht einfach verschwinden, deshalb ist es umso wichtiger, gemeinsame Projekte zu definieren, ihre Umsetzung sachbezogen und unvoreingenommen anzugehen, Probleme zwischen den Beteiligten zu lösen und die möglichen Erfolge als gemeinsame zu erkennen und als Basis für die nächsten Schritte zu nutzen.

Der größte Erfolg der Länder des Globalen Südens wäre, diese Kategorie nach und nach überflüssig zu machen. Und das sollte in der Perspektive nicht nur für die großen Player China, vielleicht Indien, den Nahen Osten, Brasilien/Argentinien und die bevölkerungsstarken Länder Süd- und Südostasiens gelten, sondern für alle. Für eine menschenwürdige Zukunft gleichrangiger Völker.



ralsekretär der Vereinten Nationen angemahnt. Um den Druck auf diese westlich dominierten Institutionen sukzessive zu steigern, haben sich die BRICS seit 2014 ein eigenes Bankensystem (New Development Bank) gegeben, das Projekte in den Mitgliedsländern kreditiert. Bislang auf einer schmalen Grundlage, sind der Bank inzwischen, neben den fünf Gründern, Bangla Desh, Ägypten, die VAE und Uruguay beigetreten. Das Bankensystem ist erkennbar in der Entwicklung, es wird begriffen als „Institution von Entwicklungsländern für Entwicklungsländer“ (Österreichische Nationalbank, BRICS-Gipfel 2023, S.4) und lehnt das Prinzip der Weltbank ab, die Projektfinanzierungen an Auflagen des Gläubigers zu binden.

Außerdem versuchen die NDB wie ihre Trägerstaaten, nationale Währungen in die gemeinsamen Zahlungsströme aufzunehmen. Gerade diese letztgenannten Ansätze werden im Westen, freundlich formuliert, mit großem Argwohn verfolgt. Internationale Ausgleichszahlungen ganz ohne Dollar, Euro, Yen oder noch ein paar Westwährungen? Das stößt hierzulande auf einhellige Ablehnung. Dabei

Spekulationen nicht weiter zu befeuern. Der einzige Player, der gestützt auf seine internationale Handelspräsenz, seine weltweiten Verbindungen und seine Stabilität, nämlich die VR China, Alternativen zum Dollar als Weltwährung verfolgen könnte, hält in dieser Frage den Ball ganz flach. Zu viele auch gegenläufige Interessen und strategische Überlegungen müssen dabei berücksichtigt werden, der mögliche Gewinn aus der Veränderung ist realistisch nicht abzuschätzen. Immerhin ist diese Zukunftsfrage, die – wenig spekulativ – den Welthandel und, davon abgeleitet, die Beziehungen der Länder zueinander massiv verändern würde, auf die Agenda sämtlicher Staaten, Wirtschaftsakteure und Politplaner geraten. Und auch der Westen muss zur Kenntnis nehmen: mit ein paar Finanzspekulationen und gezielten Störaktionen ist das Thema nicht mehr zu beseitigen, auch nicht, wenn man Kredite sperrt oder versagt. Dahin scheint die Macht des Westens nicht mehr zu reichen, wenn man absieht vom möglichen Krieg der Hauptakteure beider Seiten. Jeder Blick in eine mögliche Zukunft mit mehr Gleichheit unter den Völkern

Der Gazakrieg

Der Angriff der Hamas, Israels Gegenschlag und die Reaktionen in Deutschland

Das Gaza-Gebiet in Nahost als Teil der palästinensischen Autonomiegebiete bzw. des „Staates Palästina“ (ein solcher Staat wird immerhin von 138 der 193 UN-Mitgliedern anerkannt) kommt nicht zur Ruhe. Der kriegerische israelisch-palästinensische Konflikt ist ein lehrreiches Beispiel für eine seit Jahrzehnten andauernde Auseinandersetzung. Eine friedliche Lösung für das dichte Zusammenleben zweier benachbarter Völker, die sich im Kampf gegeneinander blutig verfeindet haben, wurde und wird bis heute versäumt und verschleppt. Dies zieht teils schon bei kleineren Anlässen immer neue und weitere Auseinandersetzungen nach sich, die auf beiden Seiten zu Gewalt-Massakern und militärischen Exzessen führen können – wenn nur noch Actio und Re-Actio das Geschehen bestimmen.

In Israel/Palästina prallen auch weltpolitische Interessen und Gegensätze offen und unversöhnlich aufeinander, deren Wurzeln bis in koloniale Zeiten zurückreichen. Von Beginn an waren in den Konflikt schon immer mehr als nur zwei Akteure verwickelt. Zur Zeit sind es vor allem die USA, unterstützt von großen Teilen der westlichen Welt, und eine Reihe von arabischen bzw. islamischen Staaten wie z.B. dem Iran, die im Hintergrund maßgeblich an den Strippen mitziehen. Die Konstellation birgt die Gefahr von weiteren Eskalationen in sich, mit einer Ausdehnung des Krieges auf die ganze Nahost-Region und im schlimmsten Fall auch noch darüber hinaus.

Die unmittelbar am Konflikt Beteiligten verfolgen dabei einander ähnliche strategische Ziele, nämlich die jeweilige Gegenseite „auszulöschen“, zumindest sie aber entscheidend zu

schwächen, um dann die Verhältnisse dominieren zu können. Die, die heute nur noch den extremen Weg der Gewalt kennen und gehen, sind von Jugend an Zeugen und Erben dessen, was vor sich hergeschoben wurde

damaligen arabischen Niederlage wurde Gaza vollständig erobert und militärisch besetzt. Auch das jordanische Westjordanland (englisch: Westbank) wurde erobert und unter israelische Besatzung genommen.

1988 verzichtete Jordanien auf seine Ansprüche auf die Westbank zu Gunsten eines zu gründenden Staates Palästina. Die heutige staatsrechtliche Situation ist eine Folge des sogenannten Osloer Friedensprozesses ab 1993. Im Rahmen dieses Prozesses wurden mehrere Abkommen getroffen, die einer palästinensischen Autonomiebehörde (faktisch der PLO unter Arafat) nach Zonen (A, B und C) abgestufte Selbstverwaltungsbefugnisse für die Westbank und den Gazastreifen einräumten. Die Autonomie sollte eine Vorstufe zur Gründung eines souveränen palästinensischen Staates sein. Mit dem Scheitern der Verhandlungen im Juli 2000 (Camp David II) kam der Osloer Friedensprozess endgültig zum Erliegen. Die ursprünglich nur für eine Übergangszeit gedachte



und nie zu einer praktischen Lösung fortschreiten konnte. Ohne genaueres Verständnis für Hintergrund und Geschichte der jüngeren Nahostentwicklung ist die Lage nicht zu beurteilen. Ein Herangehen, ausgehend von der Oberfläche der verstörenden Bilder und Deutungen mit ihren moralischen Empörungen und Anklagen über das jeweilige Vorgehen der direkten Kontrahenten im Konflikt, ist für den Moment zwar verständlich, aber völlig unzureichend und führt nicht weiter.

Zum Hintergrund

Bis zum Sechstagekrieg 1967 stand der Gazastreifen unter ägyptischer Verwaltung. Als Ergebnis der

Selbstverwaltung, mit den bleibenenden erheblichen Rechten für Israel, wurde zur Dauereinrichtung. Die von Israel genehmigte (und auch ungenehmigte) Landnahme jüdischer Siedler im Westjordanland nahm wieder Fahrt auf. Für die palästinensische Bevölkerung verschwand damit die Perspektive für eine grundsätzliche Lösung des Konflikts. Und nicht nur das, auch die Hoffnung auf praktische Verbesserungen ihrer Lage ging verloren.

Die territoriale Situation des palästinensischen Autonomiegebiets war durch die Zweiteilung in den größeren Teil des Westjordanlandes und den deutlich kleineren Teil des Gazastreifens von Anfang an eine schwierige und gewissermaßen geo-

graphisch unnatürliche. Gaza-Stadt und das palästinensische Hebron in der Süd-Westbank sind z.B. nur etwa 50 Kilometer Luftlinie voneinander entfernt, aber es gibt keine direkte Verbindung zwischen diesen Städten. Ein neutraler Verbindungskorridor zwischen Gaza und Westbank würde den Süden Israels, überwiegend Wüste, vom Rest des Landes abschneiden. Zudem befinden sich dort mehrere festungsgleich gesicherte Anlagen des israelischen Atomforschungszentrums nahe Dimona in der Negev-Wüste, wo Israel Atomkraft erzeugt und u. a. Uran für seine Atomwaffen anreichert.

Die teilautonome Westbank ist 5.860 km² groß und wird von etwa 2,9 Millionen Menschen bewohnt. Es ist kein einheitliches Gebiet, sondern gleicht einem in A-, B-, und C-Zone aufgeteilten Flickenteppich, in dem nur in der A-Zone eine alleinige palästinensische Verwaltung existiert. Auch die A-Zone wird unterbrochen durch israelische Siedlungsareale, umgeben von Sicherungsbauten wie hohen Mauern und Zäunen. Insgesamt leben etwa 600.000 israelische Siedler in der Westbank, deren Zahl bis jetzt immer weiter zunimmt (1978 waren es erst 1.900). Sie sind militante zionistische Vorhut, Wählerpotenzial und Rückgrat eines „rechten Israel“.

Der Gazastreifen – geografisch und wirtschaftlich

Der Gazastreifen oder kurz Gaza ist ein schmaler, trockener Küstenstreifen, der im äußersten Südwesten an Israel angrenzt. Er ist nur 40 Kilometer lang und zwischen 6 bis 14 Kilometer breit, was eine Fläche von 360 Quadratkilometern ergibt (etwa die Hälfte von Hamburg), wo ca. 2,2 Millionen Menschen auf engstem Raum leben, über 5.300 auf einem Quadratkilometer (zum Vergleich: in Hamburg sind es 2.500 Einwohner pro km²). Es ist damit eines der am dichtesten besiedelten Areale der Welt. Es befinden sich mehrere Städte im Gaza, die größten sind Gaza-Stadt im Norden und Rafah im Süden mit einem Grenzübergang nach Ägypten. Beide Orte sind durch einen einzigen Highway miteinander verbunden. Im Südostzipfel liegt der internationale Flughafen Jassir Arafat, dessen Anlage die israelische Armee jedoch

Anfang 2002 durch mehrmaliges Aufreißen der Start- und Landebahn unbrauchbar machte. Gaza sollte mit ausländischer Hilfe einen Überseehafen auch für Ölanlieferungen bekommen, was Israel vor allem aus Furcht vor Waffenschmuggel und mehr Eigenständigkeit verhinderte. Zu Land ist Gaza mit vier scharf kontrollierten Checkpoints von israelischen Grenzkräften abgeriegelt und von einem hohen Zaun umgeben. Israels Luftwaffe und Küstenwache kontrollieren sowohl den Luftraum als auch die Seeseite.

Produziert wird in Gaza nur wenig und dann meist durch kleinindustrielle und handwerkliche Familienbetriebe, die aber kaum ausführbare Güter herstellen, dazu gibt es Baugewerbe, verschiedenste Dienstleistungen und in bescheidenem Maß landwirtschaftliche Produktion (Zitrusfrüchte, sonstiges Obst, Oliven, Gemüse, Rindfleisch, Molkereiprodukte). Das Meiste davon dient der Eigenversorgung. Nur etwa 14 Prozent des Bodens im Gaza sind landwirtschaftlich nutzbar, was auch ein Bewässerungsproblem ist. Lediglich etwa 10 Prozent der Bevölkerung hat ständigen Zugang zu sauberem Wasser, die anderen nur stundenweise. Laut einer Angabe von 2006 lebten zu dem Zeitpunkt 80 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze. 1,2 Millionen der 2,2 Millionen Einwohner sind auch bei Lebensmitteln auf Unterstützung durch das UN Hilfswerk (UN-RWA) angewiesen. Es existiert ein eigenes Öl-Kraftwerk, Wasser wird zum Teil aus Meerwasserentsalzung gewonnen. Im Grunde herrscht im Gaza ärmliche Subsistenzwirtschaft ohne jede Entwicklungsperspektive. Strom-, Wasser- und Treibstoffleitungen kommen aus Israel und können für Sanktionen jederzeit unterbrochen werden. Es gibt zu normalen Zeiten nur für 6 bis 8 Stunden Strom am Tag. Öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser verfügen aber über Notstrom-Generatoren und Dieselaggregate. Mehrere zehntausend Gaza-Bewohner haben (bzw. hatten) Jobs im benachbarten israelischen Grenzland, sie benötigen dazu Erlaubnisse und Passierscheine. Seit 2007 betrachtet Israel den Gazastreifen als „feindliches Gebiet“.

Gaza – politisch

Gaza wurde nach 1948 zum Zufluchtsort für Teile der geflüchteten bzw. vertriebenen palästinensischen Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der jetzigen Einwohner sind Flüchtlinge aus dieser Zeit bzw. deren Nachkommen. Die fast vierzig Jahre dauernde israelische Besatzung hat tiefe Spuren von Hass und Feindschaft hinterlassen. Gaza wurde zum Hort einer verbitterten Jugend, die Rache an Israel schwor. 2005 zog Israel im Zuge des Scharon-Plans seine Truppen vollständig aus dem Gaza ab. Ebenso verließen etwa 8.500 israelische Siedler, die in 21 jüdischen Wehrsiedlungen lebten, den Küstenstreifen.

2006 wurden im palästinensischen Autonomiegebiet (die bisher letzten) Wahlen abgehalten. Dabei errang die Hamas-Partei mit 76 von 132 Sitzen im palästinensischen Parlament die absolute Mehrheit. Die PLO und die Fatah, als wichtigste Organisation innerhalb der PLO, musste eine Niederlage hinnehmen. Der folgende Machtkampf zwischen PLO und Hamas führte letzten Endes dazu, dass Hamas 2007 im Gazastreifen in einer Art Putsch die Macht übernahm. Die PLO und die von ihr getragene Autonomiebehörde konnte nur in der Westbank ihre Machtposition halten.

Die Hamas (Hamas: Begeisterung, Eifer, Kampfgeist) entstammt der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft. Sie ist religiös sunnitisch geprägt und islamistisch ausgerichtet. PLO und Fatah (Gründer: Jassir Arafat) sind dagegen eher säkular orientiert. Ab 1967 entwickelte sich die Hamas allmählich unter der Führung von Scheich Ahmad Yasin zu dem Machtfaktor, den sie heute darstellt. Dabei war und ist sie auch als Wohltätigkeits- und soziale Organisation aktiv (sie gründete z.B. auch Sportvereine etc.). Zeitweise wurde sie auch heimlich von der israelischen Regierung unterstützt, die sich dadurch eine Schwächung der als gefährlicher eingestuften PLO erhoffte. Die Hamas lehnte den Oslo-Friedensprozess von Anfang an prinzipiell ab. Seit dieser Zeit wurden ihre Aktionen immer militanter und der militärische Flügel stärker. Ihr erklärtes Ziel ist die Zerstörung des Staates Israel und die Errichtung

eines muslimisch-religiös geprägten Gesamtpalästina.

Nicht zu übersehen ist, dass die Hamas in vieler Hinsicht reaktionäre Positionen vertritt. Unbestreitbar ist die Ideologie der Hamas auch eine Folge der gegebenen Lage und der Erfahrungen der Palästinenser, was aber nichts am reaktionären Charakter dieser Positionen ändert. Die Vorstellungen der Hamas für die Zukunft Palästinas laufen, grob gesprochen, auf eine Umkehrung der jetzigen Situation hinaus. Es geht für sie nicht um das Ende des Mordens, der Vertreibungen und der Unterdrückung. Die Tötung, Vertreibung und Unterdrückung soll dagegen die Israelis bzw. Juden treffen, bis deren Macht vollständig gebrochen ist. Die Hamas steht definitiv nicht für Freiheit und Frieden für alle Menschen in dieser Region.

Die Hamas organisierte aus dem von ihr beherrschten und verwalteten Gaza-Streifen heraus den bewaffneten Kampf gegen Israel. Sie baute das Gebiet zu einem von Tunneln durchzogenen Bollwerk und einer operativen Raketenbasis aus. Dem Ziel des bewaffneten Kampfes gegen Israel ordnete sie alles unter, einschließlich der Verwaltung und des Ausbaus ziviler Infrastruktur. Immer wieder kam es zu schweren Raketenangriffen auf israelisches Gebiet. Die israelischen Streitkräfte beantworteten diese stets prompt mit weit zerstörerischen Luftbombardements und Artilleriebeschuss von außen. Darüber hinaus gab es offensive israelische Militärinterventionen wie die Operationen „Gegossenes Blei“ 2008, die auch eine umfassende Bodenoffensive beinhaltete, „Wolkensäule“ 2012 oder „Protective Edge“ 2014. Auf palästinensischer Seite führten diese Offensiven jeweils zu hohen Verlusten mit insgesamt tausenden Toten und Verletzten und zu Infrastruktur- und Gebäudezerstörungen erheblichen Ausmaßes. Israel dagegen konnte seine eigenen Verluste, die vor allem Soldaten betrafen, relativ begrenzt halten. Zuletzt kam es 2018 im Gaza zu einem größeren Waffengang Israels gegen Hamas-Milizen.

Die Hamas wiederum organisierte Terror- und Selbstmord-Anschläge in Israel. Ihr ideologisch-religiöses Verständnis von Dschihad (Heiliger Krieg) bezieht auch alle Zivilperso-

nen in ihre Strategie ein, die, wenn sie dabei umkommen, Märtyrer:innen-Status erlangen. Die Gegenseite spricht stets vom Missbrauch von Zivilisten als lebende „Schutzschilde“.

Der Hamas-Angriff, warum jetzt?

Der wohl von langer Hand vorbereitete Hamas-Überfall dürfte dem Auslandsdienst Mossad, dem israelischen Militär-Geheimdienst Shinbet sowie der amerikanischen CIA verborgen geblieben sein und kam deswegen sehr überraschend.

Ein Grund für das Losschlagen der Hamas könnte sein, dass die weltpolitischen Bedingungen zum jetzigen Zeitpunkt als günstig für eine große Aktion eingeschätzt wurden und eine solche für dringend notwendig gehalten wurde. Günstig wegen der anderen Krisen- und Kriegsherde in der Ukraine, im Sudan, vor Taiwan und im Indopazifik und wegen der innenpolitischen Spaltung in Israel (Justizreform der Rechtsregierung). Als dringend, um die israelisch-arabische Annäherung im Zuge der sog. Abraham Accords zu durchkreuzen. Im Rahmen des noch von US-Präsident Trump mitinitiierten Prozesses haben bisher Bahrein, die Vereinigten Arabischen Emirate, Sudan und Marokko ihre Beziehungen zu Israel normalisiert. Das erfolgte ohne jegliche Verbesserungen für Status und Lage der Palästinenser. Diese befürchten, beim Abraham Accord von den arabischen Regierungen vergessen zu werden. Saudi-Arabien hatte sich bisher formell noch nicht angeschlossen. Es gab aber jüngst Informationen, dass einschlägige Verhandlungen schon relativ weit fortgeschritten seien und eine Verständigung zwischen Saudi-Arabien und Israel kurz bevorstehe.

Mit der neuerlichen Hamas-Großoffensive wurde der Einsatz der Mittel im Vergleich zu früher erheblich gesteigert, sowohl was den Grad der Gewalttätigkeit des Angriffs betrifft als auch die Massivität des Raketeinsatzes. Am grundsätzlichen Kräfteverhältnis änderte sich jedoch nichts. Auf der einen Seite steht die hochgerüstete, kampfstärke und moderne israelische Armee, auf der anderen die asymmetrisch auf Guerillaart in kleinen Kommandos kämpfende Hamas. Die eingesetzten Ra-

ketengeschosse werden mittlerweile in unterirdischen Tunnel-Produktionsstätten in Eigenbau hergestellt. Es sind hauptsächlich relativ kleine, leicht transportable Raketen von begrenzter Reichweite, die 12 bis 15 Kilogramm Sprengstoff transportieren können. Ihre Zielgenauigkeit ist relativ gering, trotzdem können sie punktuell erhebliche Zerstörungen anrichten. Typischerweise werden sie in Fächern abgeschossen, um durch die hohe Anzahl der Raketen den israelischen Abwehrschirm „Iron Dome“ (Eiserne Kuppel) zu überlasten und teilweise wirkungslos zu machen. Ein Kalkül, das offenbar auch aufging. Der Hamas stehen auch weiter entwickelte Raketen zur Verfügung, die auch entferntere Ziele wie Tel Aviv und neuerdings auch den Norden Israels erreichen können.

Bei ihrem Angriff am 7. Oktober haben die Hamas-Stoßkommandos blindwütig ein Blutbad unter israelischen Einwohnern in Ortschaften und Kibbuzim in der Nähe des Gazastreifens angerichtet. Am Schlimmsten traf es wohl viele jüngere jüdische Menschen, die an einem nahegelegenen Open-Air-Konzert teilnahmen, etwa 260 von ihnen wurden auf brutale Weise getötet. Insgesamt sind bei dem Hamas-Großangriff an die 1.200 jüdische Menschen umgebracht und 240 Menschen als Geiseln verschleppt worden, darunter Angehörige aus 25 Staaten und 12 Entführte mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die beispiellose blutige Raserei und der menschenräuberische Akt schockieren und verstören tief jedes mitmenschliche Empfinden. Selbstverständlich widerspricht dieses Vorgehen dem Völkerrecht eklatant. Es stellt eine weitere Eskalationsstufe im Hamas-Israel-Konflikt dar.

Der Gegenschlag Israels

In Israel löste der Angriff der Hamas tiefe Erschütterung aus. Ein Grund dafür war die große Zahl der Todesopfer und die Verschleppung der Geiseln. Besonders verunsichert wurde die israelische Gesellschaft dadurch, dass bei diesem Angriff die totale Überraschung gelang, dass anscheinend keine warnenden Anzeichen vorlagen. Das Versagen der Geheimdienste und die anfangs relativ langsame Reaktion des Militärs

machte den weiten Vorstoß der Hamas-Kämpfer auf israelisches Gebiet möglich und erklärt die hohe Zahl der Opfer auf israelischer Seite. Ob die gegenwärtige Regierung Netanjahu dieses anfängliche Fiasko mittelfristig überstehen wird (abgerechnet wird vermutlich erst nach dem Ende der akuten Kämpfe), ist völlig offen. In der Bevölkerung zeigt sich eine Spaltung. Einerseits wird höchste Priorität für die Freilassung der Geiseln gefordert, andererseits nach einem harten Durchgreifen gerufen.

Inzwischen hat die Regierung eine massive Militäraktion gegen den Gazastreifen eingeleitet. Es wird die völlige Zerstörung der Hamas propagiert und ein langer Krieg bis zum Erreichen dieses Zieles angekündigt. Es folgten heftige Bombardierungen durch die Luftwaffe und einige Tage später der Einmarsch von Bodentruppen. Dabei betreibt Israel die ganz „harte Reaktion“ (Premier Netanjahu). Es hat den Kriegszustand ausgerufen, um bis zu 400.000 Reservisten und Reservistinnen einzuberufen, so viel wie nie zuvor in der Geschichte Israels. Netanjahu kündigte an, „alle Orte, an denen sich die Hamas organisiert und sich versteckt, in Trümmerinseln [zu] verwandeln“. Welches und wo diese Orte sind, bestimmt das israelische Militär.

Zunächst wurde der Gaza-Streifen komplett abgeriegelt. Es gab von außen keine Lebensmittelversorgung mehr, kein Wasser, keinen Strom, keinen Treibstoff. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, den nördlichen Teil, wo auch Gaza-Stadt liegt, zu verlassen. Anscheinend ist das nach und nach auch weitgehend geschehen, ein großer Teil der Einwohner hat sich in mehreren Fluchtwellen in den südlichen Teil begeben.

Die Flucht von etwa der Hälfte der Bevölkerung in den Süden erhöht dort kurzfristig die Dichte menschlicher Ansammlung auf über 10.000 pro Quadratkilometer, ein unhaltbarer Zustand, der blankes hygienisches Chaos und verheerende Not bedeutet. Das beschönigende humanitäre Wort „Evakuierung“ ist zudem falsch und irreführend, denn das täuscht in der Regel einen planvollen, geordneten Ablauf vor.

Die Zerstörungen sind bereits gewaltig. Die Luftwaffe fliegt täglich um die 300 bis 400 Zielangriffe.

In ganzen Straßenzügen von Gaza-Stadt steht bald kein Stein mehr auf dem anderen. Viele Wohnhäuser und öffentliche Gebäude sind zerstört. Die Zahl der Todesopfer wächst täglich, es trifft besonders viele Frauen und Kinder. Insgesamt dürften die zivilen Verluste nach fast vier Wochen Krieg bei um die 16.000 oder noch mehr Ziviltoten liegen (zum Vgl. Ukraine: seit 24.2.2022 etwa 10.000 zivile Tote).

Auch der südliche Teil des Gaza-Streifens, der mit Geflüchteten überfüllt ist, wird immer wieder bombardiert. Die humanitäre Lage dort kann nach übereinstimmenden Berichten nur als katastrophal bezeichnet werden. Und zwar in jeder Hinsicht, was die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Strom betrifft, genauso wie die Unterbringung, Gesundheitsdienste usw. Alles ist kollabiert oder steht kurz davor.

Laut israelischer Armee geht es nur um das Ziel, das Gebiet „von Terroristen zu säubern“. Boden- und Panzertruppen hätten dabei „Terror-Infrastruktur zerstört sowie Terrorzellen ausgeschaltet“, so der Armeesprecher Daniel Hagari. Die Realität sieht aber kaum nach einer angemessenen, bedachten Reaktion auf ausgewählte „Terrorziele“ aus. Menschliche „Kollateralschäden“ unter der Zivilbevölkerung werden offenbar in großer Zahl billigend in Kauf genommen. Es wird „fürchterlich“ werden, sei aber nicht zu umgehen, heißt es lapidar bedauernd. Auf diese Weise wurden bisher 4.500 Kinder getötet. Alles „Terroristen“?

Eine ganze Bevölkerung wird in Gaza quasi in Kollektivhaftung genommen, was eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt. Der massive militärische Gegenschlag, der angeblich nur Hamas-Terroristen und Terrorinfrastruktur gelten soll, ist im Begriff, in völkerrechtswidrige und kriegsverbrecherische Dimension umzukippen.

Die Reaktion des „Westens“

Einstimmig wird von USA, Nato, EU und deutscher Politik das „legitime Selbstverteidigungsrecht“ Israels gegen den kriegerischen Überfall mit über 3.000 Raketen und marodierenden Hamas-Kommandos unterstrichen.

Washington befürchtet eine neuerliche Eskalation im Pulverfass Nahost. Die US-Außen- und Verteidigungsminister Blinken und Austin waren in den Tagen nach dem 7. Oktober in der Region in diplomatischer Mission unterwegs. Zugleich fahren die USA massive Militärpräsenz auf, was vermutlich vor allem warnend auf den Iran und die von Teheran finanzierte und ausgerüstete islamistisch-schiitische Hisbollah-Miliz im Libanon abzielen soll. Die Miliz soll 50.000 bis 60.000 Kämpfer unter Waffen haben und über bis zu 170.000 Raketengeschosse verfügen. Von dort muss Israel mit einer zweiten Kriegsfront rechnen. Allerdings zeichnet sich inzwischen ab, dass die Hisbollah-Miliz, wie auch der Iran, trotz aggressiver Rhetorik, nicht an einem großen Krieg mit Israel interessiert zu sein scheinen.

Bei prinzipieller Zustimmung der USA zu einem Enthauptungsschlag Israels gegen Hamas versucht Washington auf das mögliche Vorgehen seines treuen Verbündeten und Vorpostens in der arabisch-islamischen Welt mäßigend einzuwirken, um seine militärischen Schritte hinsichtlich der Risiken und Folgen zeitlich und strategisch genau abzuwägen und zu „dosieren“.

Der britische Premier Rishi Sunak versicherte Israel des engen britischen Bündnisses und sagte Netanjahu zu, Israel auch weiterhin diplomatisch, geheimdienstlich und sicherheitstechnisch zu unterstützen. Deutschlands politische Repräsentanten, von Bundespräsident Steinmeier, Kanzler Scholz bis zu den Ministern Baerbock und Pistorius bekunden eindimensional die ungeteilte Israel-Solidarität. Die 190 Millionen Euro betragende deutsche Hilfe zur Projekt-Entwicklungszusammenarbeit an den Gaza sind von Ministerin Schulze vorerst gestoppt worden bzw. sollen einer Überprüfung unterzogen werden.

Reaktionen in den deutschen Medien

Das Stimmungsbild der offiziellen deutschen Politik, den öffentlich-rechtlichen und sonstigen „Leitmedien“, ist ähnlich wie im Ukraine-Krieg einseitig und hermetisch fokussiert auf uneingeschränkte Pro-Israel-Solidarität bei gleichzeitiger scharfer

Verurteilung eines palästinensisch-islamistischen „Terrorismus“ von Organisationen wie Hamas und Hisbollah und ihren Unterstützern. Es gehört dabei, einem Gesinnungs-TUV und einer „roten Linie“ gleich, zum geforderten Ton, sich nicht nur von den Gewalt-Exzessen zu distanzieren, sondern die Hamas grundsätzlich als terroristisch und nur als terroristisch zu verurteilen und Unterstützung und Solidarität mit Israel zum Ausdruck zu bringen. Ein „Aber“ mit darauf folgenden Differenzierungen ist nicht erwünscht und wird sehr schnell als tendenziell antisemitisch gebrandmarkt.

Ein aktuelles Beispiel ist der Tumult und die Empörung, die dem slowenischen Philosophen Slavoj Žižek bei seiner Gast-Rede zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse entgegen schlugen, als er zwar das Hamas-Verbrechen entschieden verurteilte, aber zugleich Verständnis für die palästinensische Seite einwarb und kritische Worte zum Hintergrund des aktuellen Geschehens fand, um dessen tieferes Verständnis man nicht umhinkomme.

Hierzulande werden ungehemmt Wünsche und Erwartungen geäußert, z.B. nach intervenierenden europäischen Flugzeugträgern vor der Nahost-Küste (Sönke Neitzel, Militärhistoriker), dass Deutschland notfalls „Gewehr bei Fuß“ an der Seite Israels stehen müsse (Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP, Verteidigungsausschuss-Vorsitzende), oder von einem beflissenen „Militärexperten“ wie dem Münchner Bundeswehr-Politikdozenten Carlo Masala, der das Vorrücken des israelischen Militärs am Gaza-Boden für unabdingbar hält.

Die bekannten öffentlich-rechtlichen TV-Talkformate von „ARD-Pressclub“ bis „Markus Lanz“ (ZDF) und dem Ereignis- und Dokumentationssender Phoenix, gewähren solchen bedenklichen Stimmen und Stimmungen exklusiv wieder, wie schon beim Russland-Ukraine-Krieg, ein freies, im Prinzip kaum widersprochenes Betätigungsfeld.

Dezierte und differenzierende Friedens-Stimmen kommen wiederum im Kontrast zum einhelligen Plädoyer pro kriegerische Wehrhaftigkeit gar nicht erst zu Wort. Man erkennt, das Ganze folgt einem wie

abgesprochen wirkenden Muster parallel zum Staatsräson-Diskurs. Durchwegs ist eine Sprachregelung in den Medien festzustellen, Organisationen wie Hamas und Hisbollah als grundsätzlich „terroristisch“ zu bezeichnen oder Opferangaben der Hamas-Gesundheitsbehörde übertrieben zu nennen und anzuzweifeln, wie es die israelische Seite tut und vorgibt. Es kommen reihum im Tausch stets nur dieselben etwa zwanzig den Diskurs bestimmende Personen und Journalist:innen zum Zug, die ihre erwartbaren, einander ähnlichen Statements und Expertisen zum Besten geben dürfen. Das bedeutet dann wohl, ausgewogener journalistischer „Informationspflicht“ nachzukommen. Ein Meinungsstreit, der Positionen in Frage stellt, wird zu meist gescheut und als störend ausgeklammert. Deutsch-israelisches „Wir-Gefühl“ wird stattdessen ideologisch beschworen und vorausgesetzt.

„Deutsche Staatsräson“

Der in diesen Tagen vielbeschwoeren Formel von der Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson wird beinahe schon Verfassungsrang zugeschrieben. Die von der ehemaligen CDU-Kanzlerin Merkel in ihrer Knesset-Rede 2008 aufgebrachte und für alle Zeiten und alle Deutsche postulierte Formel steht derzeit hoch im Kurs. Es bedeute, so interpretiert sie der CDU-Verteidigungspolitiker und Kriegsbefürworter, Bundeswehroberst a. D. Roderich Kiesewetter, in der Konsequenz, dafür auch deutsches Leben einzusetzen. Diese Lesart teilt in nahezu einhelligem Konsens fast die gesamte offizielle deutsche Politik und spiegelt erschreckend unkritisch auch die fast einmütige, etablierte Medienresonanz wider.

Wer spricht zugleich vom palästinensischen Existenz- und Selbstverteidigungsrecht? Wer spricht sich gegen die Dauerprovokation israelischer Besatzungs- und Einheitspolitik mit Mauern, Zäunen, verdrängender, wehrhafter Besiedlungsstrategie und anhaltender politischer Unterdrückung in den von Israel besetzten Westbank-Gebieten aus? Die extreme israelische Rechte und die aggressive, nationalreligiöse Siedlerbewegung beanspruchen das

gesamte Westjordanland und auch den Gaza-Streifen als bereits in der Bibel versprochenes jüdisches Siedlungsgebiet. Einen Platz für Palästinenser sehen sie dort nicht. Und die Vertreter dieser Richtung sitzen in der Regierungskoalition mit dem rechten Likud-Block Netanjahus.

Durch den Völkermord an den europäischen Juden im Nationalsozialismus lässt sich eine deutsche historische Schuld und Verantwortung für das jüdische Volk begründen. Diese Verantwortung bezieht sich auch auf die Auswirkung des Holocausts für die israelische Staatsgründung in Palästina und die damit verbundene Verdrängung einer historisch ansässigen arabisch-palästinensischen Bevölkerung. Diese Verantwortung kann deshalb nur eine friedenspolitische für beide Seiten sein, ausgerichtet und verpflichtet auf Dialog, Verständigung und Ausgleich, gewiss keine für aktiven Militärbeistand, der Deutschland in den dortigen Krieg hineinziehen könnte, für den es keine vertragliche Grundlage gäbe.

Die pro-palästinensische Bewegung

Nicht in den „Leitmedien“, aber auf der Straße und in den sozialen Netzwerken sind auch pro-palästinensische Kräfte, oft getragen von muslimischen Personen, lautstark vertreten, weltweit und auch in Deutschland. Neben den vielen richtigen und berechtigten Forderungen werden dabei auch stark vereinfachende, pauschale, übertriebene oder sonstwie problematische Vorstellungen vertreten. Eine ausführliche Kritik auch der häufiger vorkommenden Positionen kann dieser Artikel nicht leisten. Das Spektrum ist sehr breit und geht bis hin zu obskuren Verschwörungstheorien und krudem Antisemitismus. Auf den reaktionären Charakter der Hamas-Ideologie wurde oben schon hingewiesen. Für Linke und Kommunisten geht es deshalb nicht um bedingungslose Solidarität, sondern in erster Linie um nüchterne Analyse und die Erklärung der Zusammenhänge.

Es muss klar sein, dass die Situation der Besatzung mit ihren ständigen Kontrollen und der immer wieder erfahrenen Willkür die Konfliktgründe permanent reproduziert. Kontrolle

und Gängelung sind die Dinge, die die Menschen tagtäglich zermürben. Es bedarf für die Palästinenser einer Perspektive auf ein normales Leben, z. B. in einem unabhängigen und eigenständigen palästinensischen Staat, statt einer begrenzten Autonomie von Gnaden Israels. Längerfristig muss Israel auch das besetzte Westjordanland komplett räumen, damit die Menschen wieder freier atmen und sich bewegen können. Geschieht nichts dergleichen und bleibt Israel bei der derzeitigen extrem rechten und religiösen Regierung unter Netanjahu, ist im Grunde eine weitere zukünftige Konflikt-Eskalation bereits programmiert. Das sehen auch viele liberalere Israelis so.

Gibt es einen Weg aus dem Konflikt?

Es gab und gibt eine israelische Friedensbewegung, die bekannte Initiative „Peace Now“ wäre etwa zu nennen. Es gibt auf palästinensischer Seite Gruppen und Initiativen, die der Gewaltfreiheit verpflichtet sind. Es gibt Kriegsdienstverweiger:innen unter israelischen Wehrpflichtigen. Sie alle versuchen, sich nicht in die Kriegslogik hineinziehen zu lassen, gerechte Lösungen des Konflikts zu finden und sich für Verständigung einzusetzen. Allerdings sind sie gesellschaftlich und politisch in der Minderheit. Es gilt, sie gerade jetzt

zu stärken und zu unterstützen. Die erklärte israelische Absicht, Hamas vollständig zu eliminieren, kann nur Krieg gegen alles und alle im Gaza bedeuten und dürfte auch diesmal nicht gelingen. Es muss schnellstens vermittelt und die Waffen müssten zum Schweigen gebracht werden.

Realistischerweise muss man aber auch feststellen, dass die Chancen für einen Friedensprozess hin zu einer echten Lösung des Konflikts nur sehr klein sind. Es gibt noch keine Anzeichen dafür, dass die Spirale von Aggression und Gegenaggression diesmal durchbrochen werden könnte. Wahrscheinlicher ist, dass auch dieser Krieg wieder nur mit einem (brüchigen) Waffenstillstand endet. Solche gab es aber schon öfters und erfahrungsgemäß sind diese nur von begrenzter Dauer. Sie halten nur bis zur nächsten Provokation oder zur nächsten echten oder vermeintlichen Schwäche, die dann von der anderen Seite als günstige Möglichkeit zur Offensive wahrgenommen wird.

EK/HB, 27. November 2023

Quellen (Auswahl): Martin Buber: *Ein Land und zwei Völker. Zur jüdisch-arabischen Frage.* Hrsg. u. eingel. von Paul R. Mendes-Flohr. Frankfurt/M. 1983; Nahum Goldmann: *Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler.* Köln-Frankfurt/M. 1983; Isaac Deutscher: *Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und*

Zionismus. Berlin 1977; Hans Henle: *Der neue Nahe Osten.* Frankfurt/M. 1972; Abu Ijad [d. i. Salah Khalaf]: *Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser.* Düsseldorf 1979; *Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld. Beiträge zur Diskussion.* Autonome Nahostgruppe Hamburg. Hrsg. von Gruppe Arbeiterpolitik. Hamburg 1989; *Zionismus und Palästina vor dem Mandat. Ein Essay und ausgewählte Leseproben.* Hrsg. v. Richard P. Stevens. Palästina Monographien 8. Rastatt/Baden 1976; Sami Hadawi: *Bittere Ernte. Palästina 1914-1967.* Palästina Monographien 5. Rastatt 1969; Hermann Bahr: *Der Antisemitismus. Ein internationales Interview.* Hrsg. u. mit e. Nachwort vers. von Hermann Greive. Königstein/Ts. 1979; *Zionismus. Texte zu seiner Entwicklung.* Hrsg. v. Julius H. Schoeps. Dreieich 1983 (Lizenzausg.); *Zionismus. Beiträge zur Diskussion.* Hrsg. von Martin Stöhr. München 1980; Livia Rokach: *Israels Heiliger Terror. Eine Studie auf der Basis von Moshe Sharets Persönlichem Tagebuch und anderen Dokumenten seiner Zeit.* Mit e. Einführung von Noam Chomsky. Pfungstadt 1982; Ilan Pappé: *Die ethnische Säuberung Palästinas.* Frankfurt/M. 2007 (neu 2019); Elmar Klink: *Israel-Palästina: Von jüdischer Einwanderung bis zu Trumps Nahostplan. Ein Überblick.* Bremen, Mai 2020 (Manuskript, 7 S.)

Anzeigen



ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

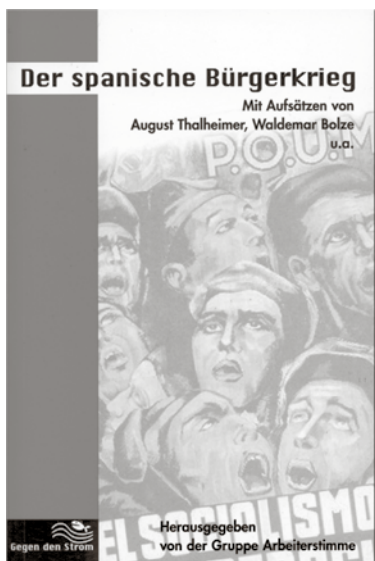
info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

1924 - 2024
SOLIDARITÄT
100 Jahre ROTE HILFE

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
 zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
 ISBN 3-9809970-4-9**

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
redaktion@arbeiterstimme.org